



## Sonderausgabe

# FIGU ZEITZEICHEN



### Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:  
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

11. Jahrgang  
Nr. 168 Sept./1 2025

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,  
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

\*\*\*\*\*  
Laut *«Allgemeine Erklärung der Menschenrechte»*, verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine *«Meinungs- und Informationsfreiheit»* vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

#### Art. 19 Menschenrechte

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs- mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der *«Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens»*, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====  
=====  
Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

\*\*\*\*\*  
**Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprähsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.**  
\*\*\*\*\*

**Der Landesverrat an der Schweiz an die EU-Diktatur steht bereits perfekt!**

Billy

## Die Schweiz lebt bereits nach EU-Regeln – ein Beitritt ist unnötig

Von Hans-Ueli Läppli, 1 Sep. 2025 21:10 Uhr

**Die Schweiz ist faktisch in die EU integriert: Binnenmarkt, EU-Recht und EuGH beeinflussen Wirtschaft, Recht und Politik. Ein formaler Beitritt würde kaum Vorteile bringen, dafür Souveränität kosten. Die Schweiz kann ihre Integration nutzen, ohne Mitglied zu sein, und ihre Selbstbestimmung wahren.**

Nach Trumps 39-Prozent-Zöllen flammt die Debatte über einen EU-Beitritt der Schweiz erneut auf, befeuert von grünliberalen Kräften und dem radikal linken Flügel der SP.

Wer jedoch die Emotionen beiseiteschiebt und die Fakten nüchtern betrachtet, erkennt schnell: Die Schweiz ist längst de facto Teil der Europäischen Union, auch ohne formale Mitgliedschaft. Durch die Bilateralen, die Umsetzung von EU-Recht und die weitgehende Orientierung an Brüsseler Vorgaben ist die Schweiz fest im europäischen Binnenmarkt verankert.

Ein offizieller Beitritt würde an dieser Realität wenig ändern, dafür aber die letzten Reste der politischen und wirtschaftlichen Eigenständigkeit aufs Spiel setzen.



Quelle: RT

### **Die stille Integration**

Der eigentliche Wendepunkt liegt im Jahr 2000, mit den Bilateralen I. Mit diesen Abkommen gab die Schweiz wesentliche Teile ihrer Souveränität auf, öffnete Arbeitsmarkt und Wirtschaft und übernahm zahlreiche technische Normen.

Seither orientieren sich Unternehmen und Behörden zunehmend an EU-Vorgaben. Medizintechnik, Lebensmittelstandards, Arbeitsrecht und Energiepolitik: In vielen Bereichen bestimmen Brüsseler Vorschriften den Alltag in der Schweiz, ohne dass die Bürger offiziell über einen Beitritt abgestimmt hätten.

Die Anpassung an EU-Normen erfolgt oft freiwillig, aus Pragmatismus. Unternehmen sichern sich so den Marktzugang und die internationale Zusammenarbeit, während Behörden rechtliche Klarheit schaffen.

Dieses Vorgehen hat die Schweiz tief in das europäische System integriert, unabhängig davon, ob neue Verträge ratifiziert werden oder nicht. Selbst ein Nein zu einem neuen Rahmenabkommen würde daran wenig ändern.

Ökonomisch betrachtet sind die Vorteile der EU-Verträge für die Schweiz begrenzt. Die Wirtschaftspolitik wird zentraler und weniger flexibel, Entscheidungen müssen zunehmend an EU-Vorgaben ausgerichtet werden. Selbst für viele EU-Mitgliedsstaaten bleibt der Binnenmarkt eine theoretische Konstruktion, geprägt von zahlreichen Ausnahmen und Sonderregelungen.



Die stille Machtübernahme: EU-Normen in der Schweiz/ RT

Zuwanderung ist ein zentraler Treiber dieser Dynamik. Die Personenfreizügigkeit fördert Beschäftigung und Wachstum, belastet jedoch insbesondere Staatsapparat, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie Pendler und Wohnungssuchende. Mehr Zuwanderung bedeutet nicht automatisch höhere Produktivität. Gleichzeitig profitieren Nutznießer wie Universitäten oder der Immobilienmarkt erheblich. Der wirtschaftliche Gewinn

verteilt sich ungleich und kann daher nicht als pauschale Rechtfertigung für weitergehende Abkommen herhalten.

### **Juristische Unterordnung**

Die Integration zeigt sich noch deutlicher auf juristischer Ebene. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheidet bereits über zentrale Rechtsfragen, die auch die Schweiz betreffen. Künftige Schiedsgerichte können seine Auslegungen verbindlich übernehmen, wodurch die Schweiz faktisch die Kontrolle über die Interpretation des übernommenen EU-Rechts verliert.

Die Bindung an die EU hat auch geopolitische Dimensionen. Deutschland zeigt, dass politische Rechte unter Druck geraten können, wenn die Union Druck ausübt. Gleichzeitig bleibt die EU ein Konfliktakteur, insbesondere mit Blick auf die Ukraine. Für die Schweiz bedeutet eine stärkere Anbindung an Brüssel, dass sie bei internationalen Spannungen in Rollen gedrängt wird, die sie politisch nicht gewählt hat.

Mit EU-Verträgen würde die Schweiz zudem ihre Flexibilität verlieren, wie sie im Verhältnis zu den USA mehrfach unter Beweis gestellt hat. Binnenmarkt-Vorschriften binden sie eng an Brüssel und verhindern eigenständige politische Reaktionen. Die politische Selbstbestimmung bleibt damit der grösste Vorteil, den ein formaler EU-Beitritt gefährden würde.

Die Bilateralen sichern der Schweiz bereits heute den Zugang zum Binnenmarkt, die Kooperation in Forschung und Wissenschaft sowie wirtschaftliche Stabilität. Ein formaler Beitritt wäre symbolisch und würde kaum wirtschaftlichen Mehrwert bringen. Die Schweiz kann ihre Integration in Europa nutzen, ohne Mitglied zu sein, und dabei die Kontrolle über ihre Politik weitgehend behalten.

Ein Nein zu neuen Verträgen bedeutet keine Abkehr vom bisherigen Kurs, sondern die Bestätigung einer pragmatischen, souveränen Position. Die Schweiz bleibt ein verlässlicher Partner für die EU, entscheidet aber weiterhin selbst, wie viel Souveränität sie abgibt.

Quelle: <https://de.rt.com/meinung/254853-eu-regeln-bestimmen-schweizer-alltag/>

**INFOsperber**  
sieht, was andere übersehen.

18.8.2025



Bucht im Ferienparadies Krim © Davoyan/Depositphotos

### **Die so andere Geschichte der Halbinsel Krim**

**Es war die Ukraine und nicht Russland, welche sich die Krim gegen den Willen der dortigen Bevölkerung angeeignet hatte.**

Urs P. Gasche

Präsident Donald Trump wolle die Ukraine zum Abtreten von Gebieten zwingen, melden Medien. Was die Halbinsel Krim betrifft, lohnt sich ein historischer Rückblick.

Russland habe die Krim im Jahr 2014 **erobert** oder sei dort **einmarschiert**, wird oft geschrieben. Viele verstehen dies so, dass Russland die Krim gewaltsam annektierte – gegen den Willen der dortigen Bevölkerung. Doch Vieles spricht dafür, dass die grosse Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner der Krim den Anschluss an die Russische Föderation damals wie heute begrüßt. Ihr Selbstbestimmungsrecht wurde schon lange und wiederholt mit Füssen getreten.

**Folgende Fakten ignorieren grosse Medien meistens oder stellen sie anders dar:**

1. Die meisten Krimbewohner wollten schon seit Jahrzehnten möglichst selbständig sein. Seit 1991 hat sich die Krim immer wieder vergeblich für einen autonomen Status eingesetzt.
2. Anfang 1991 stimmten die Einwohner der Krim mit überwältigender Mehrheit für eine autonome Teilnahme an einer neuen sowjetischen föderalistischen Union
3. Damals gehörte die Ukraine noch zur UdSSR.
4. Die Ukraine verweigerte der Krim 1991 das vom sowjetischen Austrittsgesetz vorgesehene Recht, über einen Austritt aus der Ukraine abzustimmen. Damit hat sich die Ukraine die Krim gesetzwidrig angeeignet – gegen den Willen der dortigen Bevölkerung.
5. Die Bewohner der Krim haben seit 1991 mehrmals demokratisch mit überwältigenden Mehrheiten russlandfreundliche Kandidatinnen und Kandidaten gewählt – und nicht anti-russische, einseitig pro-westliche oder ukrainisch-nationale.
6. Im Jahr 2014 – nach dem pro-westlichen Putsch gegen die Regierung in Kiew – organisierten Separatisten auf der Krim eine Abstimmung, damit die Bevölkerung über ihre Zukunft entscheiden kann. Mit ihrer Militärpräsenz auf der Krim wollte die Ukraine die Abstimmung verhindern, weil diese nach ukrainischem Recht illegal war. Bewaffnete russische Soldaten haben eingegriffen und hielten das ukrainische Militär in Schach.
7. Die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 erfolgte rechtswidrig, jedoch nicht gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Das haben mehrere westliche Meinungsumfragen auf der Krim bestätigt.

Die Analyse der Ereignisse ist anspruchsvoll, weil – wie in jedem Konflikt – ein Informationskrieg herrscht. Der Halbinsel Krim im Schwarzen Meer kommt eine geopolitisch strategische Rolle zu. Umso mehr versuchen viele Seiten, die Geschichte zurechtzubiegen. Auch auf Wikipedia, das unter dem Einfluss der US-Wikipedia-Foundation steht, ist bei politisch sensiblen Fragen wenig Verlass.



© zvg

Etwas Klarheit in die jüngste Vergangenheit der Ukraine kann ein akribisch chronologischer Ablauf bringen:

- 1783 Von 1783 bis 1991 gehörte die Krim zu Russland bzw. zur Sowjetunion.
- 18.10.1921 Seit 1921 verfügt die Krim über ein eigenes Parlament – als Autonome Sowjetrepublik Krim innerhalb der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR).
- 30.6.1945 Die UdSSR stuft die Krim von einer Autonomen Republik zu einer Autonomen Region ab (mit weniger Rechten).
- 19.2.1954 Chruschtschow und das Präsidium des Obersten Sowjet (Parlament) verschieben die Krim innerhalb der UdSSR von der «Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik» an die «Ukrainische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik». Die Krim behält den Status einer Autonomen Region.
- 6.3.1990 Der Oberste Sowjet genehmigt einen Austrittsvertrag, der daraufhin an die Sowjets der einzelnen Unionsrepubliken zur Ratifizierung weitergeleitet wird.

	Die UdSSR erlässt ein Austrittsgesetz, das den Sowjetrepubliken (wie der Ukraine) und autonomen Regionen (wie der Krim) das Recht gibt, sich von der UdSSR zu trennen oder sich einer neuen, lockeren sowjetischen Union anzuschliessen. Das Austrittsgesetz hält in Artikel 3 ausdrücklich fest, dass eine <b>«Unionsrepublik, welche autonome Republiken oder autonome Gebiete umfasst, das Referendum für jede Autonomie gesondert durchführen»</b> muss. Siehe Fussnote 2.
3.4.1990	
Juli 1990	Gorbatschow schlägt einen neuen Unionsvertrag vor, um die Sowjetunion in eine dezentralisierte, föderale Union umzuwandeln und damit den Zerfall aufzuhalten. Aufgrund des Austrittsgesetzes der UdSSR organisiert die Krim ein Referendum. Es sprechen sich 93 Prozent der Abstimmenden der Krim für die <b>«Wiederherstellung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim als Subjekt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und als Vertragspartei des Unionsvertrags»</b> aus. <sup>1</sup> Der Ja-Anteil entsprach 75 Prozent aller 1,8 Millionen Stimmberchtigten. Die Krim will also im Falle einer Auflösung der Sowjetunion eine autonome Einheit der neuen sowjetischen Union werden – unabhängig von der Ukraine.
20.1.1991	Doch die Ukraine vertritt die Ansicht, das Referendum auf der Krim sei rechtswidrig, weil die Ukrainische Sowjetrepublik laut Austrittsgesetz zuerst aus der UdSSR austreten müsse. Erst dann könne die Krim entscheiden, ob sie aus der Ukraine austreten möchte. Ist jedoch die Ukraine einmal unabhängig von der UdSSR, ist sie nicht mehr dem sowjetischen Austrittsgesetz unterstellt. Es gibt bis heute keinen einzigen Professor des Internationalen Rechts, der die ukrainische Auslegung des Austrittsgesetzes vertritt.
13.2.1991	<b>Das Kiewer Parlament gewährt der Halbinsel lediglich den Status einer Autonomen Republik als Teil der Ukrainischen Sowjetrepublik und nicht – wie von den Krimbewohnern abgestimmt – als eigenständiger Teil der neuen angekündigten Union.</b>
17.3.1991	In der UdSSR spricht sich eine grosse Mehrheit der Stimmberchtigten für den Erhalt der Sowjetunion in der neuen föderativen Union aus.
12.6.1991	Boris Jelzin wird zum Präsidenten der russischen Teilrepublik der UdSSR gewählt.
19.8.1991	Putsch gegen den Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow – am Tag, bevor einige Republiken wie die Krim den neuen Unionsvertrag unterzeichnen wollen. Der Putsch scheitert.
20.8.1991	Vorgesehenes Datum zur Unterzeichnung des neuen Unionsvertrags. Der Putsch vom Vortag hat die Unterzeichnung verhindert. Die neue Union kommt nicht zustande. <b>Weil die neue Union scheitert, kann die Krim nicht, wie von ihr beschlossen, als souveräne Republik – unabhängig von der Ukraine – an dieser Union teilnehmen.</b>
24.8.1991	Das Parlament der Ukraine erklärt das Land in den bestehenden Grenzen – einschliesslich der Krim – für unabhängig von der UdSSR.
4.9.1991	<b>Das Parlament auf der Krim widerspricht und erklärt die Krim als innerhalb der russischen Föderation für autonom, also nicht der Ukraine zugehörig.</b> Der Konflikt bleibt ungelöst. Kiew sitzt am längeren Hebel, weil die Krim weder über ein eigenes Militär verfügt noch von der zusammengebrochenen UdSSR unterstützt werden kann. In der Ukraine sprechen sich nach dem Parlament auch 90 Prozent der Stimmberchtigten für die Unabhängigkeit des Landes von der UdSSR aus.
1.12.1991	Auf der Krim verweigern viele Stimmberchtigten die Beteiligung am ukrainischen Referendum, da sie sich nicht als Teil der Ukraine betrachten. Selbst von den 63 Prozent, die an der Abstimmung teilnehmen, stimmen nur 54 Prozent für die Unabhängigkeit der Ukraine von der UdSSR. Das entsprach einem Drittel aller Stimmberchtigten. Die Abstimmung über die Unabhängigkeit der Ukraine vom 1.12.1991 fand auf Grundlage des sowjetischen «Gesetzes über das Verfahren zur Entscheidung von Fragen im Zusammenhang mit dem Austritt einer Unionsrepublik aus der UdSSR» vom 3. April 1990 statt. In diesem Austrittsgesetz der UdSSR heisst es in Artikel 3: <i>«In einer Unionsrepublik, die autonome Republiken, autonome Oblaste und autonome Bezirke umfasst, wird für jede Autonomie ein gesondertes Referendum durchgeführt. Die Völker der autonomen Republiken und autonomen Formationen behalten das Recht, selbständig über die Frage ihres Aufenthalts in der Unions-SSR oder in der ausscheidenden Unionsrepublik zu entscheiden sowie die Frage ihres staatsrechtlichen Status zu stellen.»<sup>2</sup></i>
1.12.1991	Die Krim war eine autonome Republik und hatte deshalb das Recht, selbständig über ihren staatsrechtlichen Status abzustimmen. <sup>2a</sup>

**Doch die Ukraine hat der Krim dieses Recht am 1.12.1991 und auch später – nach dem Austritt der Ukraine aus der UdSSR – gegen ihren Willen verweigert.**

**Damit hat sich die Ukraine die Halbinsel gesetzwidrig angeeignet.**

Man kann davon ausgehen, dass eine Mehrheit der Krimbewohner für einen Verbleib in der russischen Föderation als autonome, nicht zur Ukraine gehörige Krim-Republik gestimmt hätte.

Auflösung der Sowjetunion. Das Oberhaus des Obersten Sowjets der UdSSR, der sogenannte 26.12.1991 Rat der Republiken, erklärt die Existenz der Union für beendet. Damit verliert das Austrittsgesetz seine Gültigkeit.

Die Krim verabschiedet ein «Gesetz über die Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit der Republik Krim» und ordnet für den 2. August 1992 ein Referendum darüber an. Es sollte das am 1.12.1991 von Kiew verweigerte Referendum über die Zukunft der Krim nachholen.

5.5.1992 Die Ukraine droht den Krim-Abgeordneten mit einer Strafverfolgung wegen Separatismus. Die Ukraine werde niemals eine friedliche Trennung zulassen.

6.5.1992 Das Krim-Parlament verabschiedet eine neue Verfassung<sup>[3a]</sup>. Sie sieht die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine vor, allerdings auf einer föderativen Grundlage. Artikel 9 sieht jedoch auch eine «Assoziiierung mit anderen Staaten» vor.

Das Krim-Parlament will die Ukraine unter Druck setzen, um ihr eine grössere Autonomie zuzugestehen.

Das ukrainische Parlament in Kiew erklärt das geplante Unabhängigkeits-Gesetz der Krim als verfassungswidrig, verspricht der Krim aber eine grössere Autonomie.

Die «New York Times» kommentiert:

«Der ukrainische Präsident Leonid M. Krawtschuk nutzte Zuckerbrot und Peitsche – er versprach der Krim weitgehende Selbstbestimmung und drohte gleichzeitig, das Krim-Parlament aufzulösen und Gewalt anzuwenden, sollte die Halbinsel ihre Kampagne {für eine Unabhängigkeit} fortsetzen.»

13.5.1992 Die ukrainische Zeitung «L.b.ua» schreibt:

«Um zu überzeugen, erhöhte Kiew die Präsenz von Soldaten auf der Krim. Wie Mykola Melnyk, der damalige stellvertretende Kommandeur der ukrainischen Nationalgarde, sagte, wandten die Einheiten keine Gewalt an. Sie versuchten nur, notfalls prorussische Bewegungen zu blockieren. Der Generalleutnant glaubt, dass die Ukraine damals Glück hatte, dass Jelzin die Krim-Separatisten nicht offen unterstützte und nicht versuchte, russische Truppen auf die Krim zu schicken.»

21.5.1992 Auf Druck von Kiew hebt das Parlament der Krim das Unabhängigkeits-Gesetz auf und annuliert das vorgesehene Referendum darüber.

30.6.1992 Kiew gewährt der Krim wie versprochen mehr Autonomie: Die Krim erhält Hoheitsrechte in Finanzen, Wirtschaft, Kultur, Verwaltung und Recht. Die Aussen-, Verteidigungs- und Währungspolitik verbleiben unter ukrainischer Hoheit.

14.10.1993 Unter Ausnutzung der neuen Kompetenzen richtet das Krim-Parlament das Amt eines Präsidenten ein.

30.1.1994 In einer eigenen, von Kiew nicht anerkannten Präsidentenwahl auf der Krim gewinnt Juri Meschkow vom Russischen Block mit 73 Prozent aller Stimmen. In seinem Wahlkampf trat Meschkow für einen Anschluss an die Russische Föderation ein.

Der Russische Block unter Juri Meschkow gewinnt bei Parlamentswahlen auf der Krim 54 der 98 Parlamentssitze.

10. 4. 1994 In einem gleichzeitigen Referendum stimmen 78 Prozent der 1,3 Millionen abgegebenen Stimmen für eine grössere Autonomie, 83 Prozent befürworten die Möglichkeit einer doppelten russisch-ukrainischen Staatsbürgerschaft und 78 Prozent sind dafür, Dekrete des Präsidenten der Krim Gesetzeskraft zu geben.

20.5.1994 Das Krim-Parlament beschliesst in einer Resolution die Wiedereinführung der Krim-Verfassung von 1992. Mit dieser verbleibt die Krim zwar formal Teil der Ukraine, aber die Beziehungen der Krim zur Ukraine sollen «wie zwischen souveränen Staaten» geregelt werden. Ausserdem ermöglicht diese Verfassung der Krim, eigenständig Beziehungen zu anderen Staaten und internationalen Organisationen aufzunehmen.

19.7.1994 Leonid Krawtschuk, bis 19. Juli 1994 Präsident der Ukraine, erklärte das Referendum vom 10. April 1994 auf der Krim für ungültig.

Sommer 94 Das ukrainische Parlament in Kiew fordert wiederholt, dass sich die Krim der Gesetzgebung und dem ukrainischen Recht unterordne und droht, der Krim den Autonomiestatus zu ent-

ziehen. Die Krim verpflichtete sich daraufhin, keine Entscheidungen zu treffen, die im Widerspruch zur ukrainischen Verfassung stehen. Anschliessend kommt es auf der Krim zu Macht-kämpfen zwischen dem Präsidenten und dem Parlament.

Das ukrainische Parlament annuliert die Krim-Verfassung von 1992 – als im Widerspruch zur ukrainischen Verfassung – und enthebt den Präsidenten der Krim, Juri Meschkow, seines Amtes – als Reaktion auf Bestrebungen der Krim-Regierung unter Meschkow, die Krim enger an Russland anzubinden und sich von der Ukraine zu lösen.

Am 19. März 1995 berichtet die *«New York Times»*:

*«Es trafen etwa 200 Soldaten des ukrainischen Innenministeriums in der Krim-Hauptstadt Simferopol ein und entwaffneten die Sicherheitsleute von Meschkow.»*

Über Proteste des Krim-Parlaments berichtet die *«taz»* am 20. März:

*«Nach den Entscheiden des ukrainischen Parlaments [zur gewaltsaufgelösten Intervention auf der Krim] trat das Krim-Parlament am Samstag zu einer Sondersitzung zusammen. Dort betonte der Vorsitzende des Krim-Parlaments Sergei Zekow, die Ukraine habe kein Recht, Krim-Präsident Meschkow seines Amtes zu entheben. «Der Präsident der Republik ist vom Volk gewählt, und nur das Volk kann über seine Zukunft entscheiden», erklärte er. In ihrer Abschlusserklärung drohten die Parlamentarier Kiew mit der Durchführung eines [erneuten] Unabhängigkeitsreferendums. Im Falle eines solchen Referendums galt ein Ja zur Loslösung von der Ukraine als sicher.»*

17.3.1995

Das Krim-Parlament appelliert ausserdem an den russischen Präsidenten Boris Jelzin, der Krim zu helfen. Doch Jelzin reagiert nicht.

Die Absetzung des Krim-Präsidenten war möglich, weil die Krim keine eigene Armee hat.

Der ukrainische Präsident Leonid Kutschma erklärt der Zeitung *«Lb.ua»*:

*«Es ist uns gelungen, den Streit zwischen dem Parlament und dem Präsidenten der Krim zu vertiefen. [...] Als Meschkow im wahrsten Sinne des Wortes isoliert war, gab ich den Befehl zu einer Sonderoperation. [...] Meschkows Leibwächter wurden entwaffnet, er selbst wurde nach Moskau deportiert.»*

Die Vertreibung von Meschkow und die Aufhebung der Verfassung können als ein von Kiew organisierter Putsch betrachtet werden. Nach der juristischen Aneignung der Krim durch die Ukraine 1991 folgt 1995 eine militärische Aneignung.

31.3.1995

Der ukrainische Präsident Leonid Kutschma unterstellt die Krim per Erlass direkt der Verwaltung durch die Kiewer Zentralregierung. Mit der föderativen Autonomie der Krim ist es vorbei. Russland zeigt sich beunruhigt: Sewastopol auf der Krim ist der Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte.

18.5.1995

Auch das Parlament der Ukraine erklärt die Resolution der Krim von 1994 für ungültig.

Eine neue ukrainische Verfassung gewährt der Krim eine Autonomie innerhalb der Ukraine.

28.6.1996

Die Krim kann sich eine eigene Verfassung geben, die allerdings die ukrainischen Gesetze respektieren muss.

31.5.1997

Der ukrainische Präsident Leonid Kutschma und der russische Präsident Boris Jelzin teilen in einem Vertrag die Buchten von Sewastopol auf für die Stationierung der Flotten beider Länder.

Ab 1997

Die russische Regierung und russische Medien kritisieren die Zusammenarbeit der Ukraine mit der Nato, besonders als diese ab 2005 auch militärische Übungen im Schwarzen Meer durchführt.

21.11.2004

Bei der Präsidentenwahl erhält der russlandfreundliche Wiktor Janukowitsch auf der Krim (und im Donbas) über 80 Prozent der Stimmen. Wegen landesweiter Unregelmässigkeiten wird die Wahl annulliert.

27.12.2004

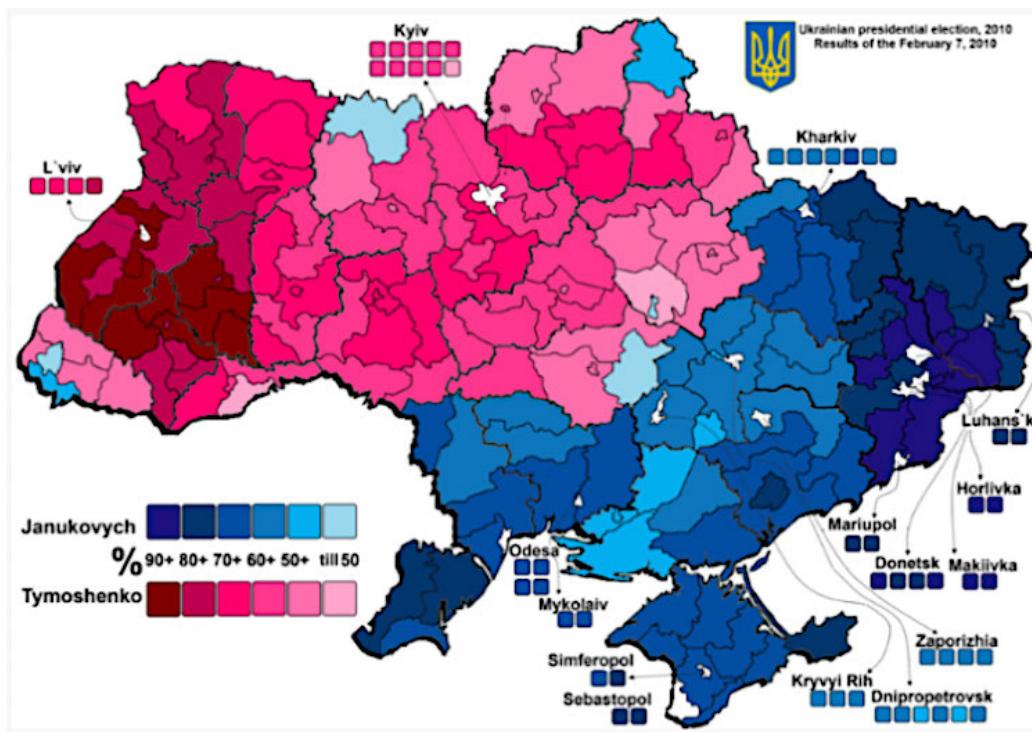
Bei den neu angesetzten Präsidentenwahlen erhält Wiktor Janukowitsch auf der Krim (und im Donbas) wiederum über 80 Prozent der Stimmen. Die Wahl gewinnt aber der vom Westen unterstützte Wiktor Juschtschenko mit 52 Prozent aller Stimmen der gesamten Ukraine. Die Beobachter der OSZE und das Ausland lobte die Ukraine für den Ablauf der Wiederholungswahl.

Die Ukraine ist politisch gespalten.

7.2.2010

Stichwahl des Präsidenten der Ukraine. Der russlandfreundliche Wiktor Janukowitsch gewinnt die Wahl knapp gegen die prowestliche Julija Tymoschenko. Die OSZE-Beobachter bezeichnen die Wahl als im Wesentlichen frei und fair.

Auf der Krim (und im Donbas) stimmten rund 80 Prozent der Wählenden für den russlandfreundlichen Janukowitsch.



Der Osten und Süden der Ukraine war stets mehrheitlich Russland zugewandt, der Rest dem Westen. Das zeigte u.a. die Präsidenten-Stichwahl im Jahr 2010. Der vorwiegend russischsprachige Osten und Südosten wählte Wiktor Janukowitsch, der gegen die von der Westukraine favorisierte Julia Tymoschenko gewann und bis zu seiner Absetzung 2014 Präsident blieb.

[An den späteren Präsidenten- und Parlamentswahlen von 2019 konnten die von Russland kontrollierten Gebiete nicht teilnehmen. Es gewann Selensky gegen den amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko. Bei den Parlamentswahlen im gleichen Jahr lag die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent. Gewonnen hat die Wahl die von Präsident Selensky neu gegründete Partei Sluha narodu (zu Deutsch Diener des Volkes).] © Offizielle Resultate der ukrainischen Regierung

21.4.2010 Ukraines Präsident Janukowitsch und der russische Präsident Dmitri Medwedew verlängern den Pachtvertrag für russische Stützpunkte der Schwarzmeerflotte um weitere 25 Jahre (ab 2017), mit der Möglichkeit, den Vertrag nachher zu verlängern.

31.10.2010 Parlamentswahlen in der Ukraine. Im Regionalparlament der Krim gehen 80 der 100 Sitze an die «Partei der Regionen» von Präsident Janukowitsch. Weitere drei Sitze bekommt die Partei «Russische Einheit», die sich offen für einen Beitritt der Krim zur Russischen Föderation aussprach. Die Kommunistische Partei, ebenfalls nicht pro-westlich, kommt auf fünf Sitze. Damit gehen 88 der 100 Sitze im Krim-Parlament an Parteien, die pro-russisch bzw. west-kritisch sind.

21./27.11.13 Das Krim-Parlament positioniert sich Maidan-kritisch: In zwei Resolutionen verlangt es, dass ein EU-Assoziierungsabkommen keine Abschottung gegen Russland bringen darf.

2.12.2013 Das Krim-Parlament fordert den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch auf, die Ordnung auf dem Maidan notfalls durch das Ausrufen des Ausnahmezustands wiederherzustellen.

11.12.2013 Die Regierung der Krim veröffentlicht folgende Erklärung:  
 «Heute steht die Krim vor der Wahl: Entweder eine gewaltsame Maidanisierung zu ertragen oder den staatsfeindlichen und krimfeindlichen Kräften eine entschiedene Antwort zu geben. Darum wenden wir uns an jeden einzelnen von Ihnen, unsere gemeinsame Position unabhängig von Ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion und politischen Ansichten deutlich zu demonstrieren. Niemand in Kiew soll sich der Illusion hingeben, dass die Krim sich einen fremden Willen aufzwingen lässt.»

#### **Widerstand nach dem Putsch in Kiew**

Jan/Feb 2014 Die Maidan-Demonstrationen enden in einem Putsch, der eine prowestliche Regierung an die Macht bringt.

4.2.2014 Auf der Krim organisiert sich Widerstand. Das Parlamentspräsidium auf der Krim beschließt eine Verfassungsänderung und fordert Russland auf, Garantien für die Rechte der Bewohner der Halbinsel zu prüfen.

Die autonome Republik Krim verfügt über kein eigenes Militär. Auf der Krim befinden sich mehrere tausend ukrainische Soldaten, die auf verschiedene Stützpunkte, Kasernen und Marinebasen verteilt sind.

Ab Mitte Februar blockiert eine immer grössere Zahl von bewaffneten russischen Soldaten und Spezialkräften die ukrainischen Militärs, die sich auf der Krim befinden. Sie verhindern, dass ukrainische Soldaten ihre Stützpunkte, Kasernen und Militärbasen verlassen können.

### **Abstimmung auf der Krim**

Laut westlichen Quellen kontrollierten bewaffnete Russen («grüne Männchen») das Regionalparlament. Dem regionalen Regierungschef Anatolij Mohyljow und einige Abgeordneten sei der Zugang versperrt worden. Ausländische Medien haben bei der Wahl keinen Zutritt.

Das Krim-Parlament setzt den Ministerpräsidenten Anatolij Mohiljow ab und wählt Sergei Aksjonow von der russlandfreundlichen Kleinpartei «Russische Einheit» zum neuen Regierungschef.

27.2.2014

Die Regierung in Kiew anerkennt die neue Regierung nicht.

Gleichzeitig beschliesst das Krim-Parlament, am 25. Mai ein Referendum über den künftigen Status der Krim durchzuführen.

Ausländische Medien haben im Parlament keinen Zutritt. Russische Soldaten und Söldner in Zivil bewachen das Parlament.

Die Krim-Regierung unter Sergei Aksjonow bittet Russland um «Hilfe zur Sicherung von Frieden und Ruhe auf dem Gebiet der autonomen Republik Krim» und begründete dies mit seiner Verantwortung für das Leben und die Sicherheit der Bürger der Krim.

1.3.2014

Das Oberhaus («Föderationsrat») des russischen Parlaments ermächtigt am gleichen Tag Präsident Putin, Soldaten auf die Krim zu schicken.

Am gleichen Tag ordnete Ukraines Übergangspräsident Oleksandr Turtschynow die Generalmobilmachung der ukrainischen Streitkräfte an und stellte Hilfegesuche an die EU, die USA und die Nato.

6.3.2014

Das Krim-Parlament beschliesst, das angekündigte Referendum über den Anschluss der Krim an die Russische Föderation bereits am 16. März durchzuführen.

10.3.2014

Das Krim-Parlament lädt die OSZE ein, das Referendum zu beobachten.

11.3.2014

Die OSZE lehnt die Einladung ab, weil das Referendum der ukrainischen Verfassung widerspreche und daher illegal sei.

Es stimmt nicht, wie häufig kolportiert, dass die Krim keine OSZE-Beobachter zuließ.

Das Parlament der Ukraine erklärt das geplante Referendum auf der Krim für verfassungswidrig und löst das Krim-Parlament offiziell auf.

Russische Soldaten und Spezialkräfte verhindern weiterhin, dass ukrainische Soldaten ihre Stützpunkte, Kasernen und Militärbasen auf der Krim verlassen können. Zu Kämpfen ist es nicht gekommen.

14.3.2014

Nach eigenen Angaben wollen die russischen Soldaten die ukrainische Armee daran hindern, den Ablauf des Referendums zu stören. Die Russland-Kennerin Gabriele Krone-Schmalz hält diese Version für plausibel.

Den Angehörigen der ukrainischen Armee wird freigestellt, ob sie die Seiten wechseln (was viele auch tun) oder ob sie ohne Waffen die Kasernen verlassen und unbewaffnet in die Ukraine abrücken wollen.

Die Krim führt das Referendum über den Anschluss der Krim an die Russische Föderation gegen den Willen der Übergangsregierung in Kiew durch. Das Referendum findet ohne vom Ausland anerkannte Beobachter<sup>[3]</sup> statt. Die Stimmberichtigten konnten wählen zwischen zwei Alternativen:

«1. Sind Sie für eine Vereinigung der Krim mit Russland als Mitglied der Russischen Föderation?  
2. Sind Sie für die Wiedereinführung der Verfassung der Republik Krim von 1992 und für den Status der Krim als Teil der Ukraine?»

16.3.2014

Der «Status quo» stand nicht zur Wahl.

In der Verfassung von 1992<sup>[3a]</sup> war vorgesehen, dass die Krim alle Rechte einer unabhängigen Verwaltungseinheit im ukrainischen Staat hatte, mit vielen Vollmachten, ihr Schicksal selbst zu bestimmen und Beziehungen mit jedem anderen Land, einschliesslich Russland, aufzunehmen, soweit es um die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur, Gesundheitswesen, Bildung, Forschung und anderen Bereichen geht.

Das offizielle Endergebnis des Referendums lautet: 96,77 Prozent für den Anschluss an die Russische Föderation bei einer Wahlbeteiligung von 83,1 Prozent.

Die Ukraine und westliche Staaten bezeichnen das Referendum als eine Farce.

Im Westen wurde u.a. kritisiert, dass gläserne Wahlurnen und Stimmzettel ohne Umschläge benutzt wurden. Damit sei die Wahl nicht geheim gewesen. Doch gläserne Wahlurnen entsprachen den ukrainischen Vorschriften. In der Ukraine sind Wahlurnen immer gläsern und es gibt keine Umschläge für die Wahlzettel. Jeder kann seinen Wahlzettel vor dem Einwurf in die Urne so oft falten, wie er möchte. Wenn gläserne Urnen und fehlende Umschläge ein Kritikpunkt sind, dann gilt diese Kritik auch für sämtliche anderen Wahlen in der Ukraine vor und nach dem Referendum auf der Krim.

Es gibt kaum Krim-Experten, die behaupten, dass sich die Krim unter anderen Umständen anders entschieden hätte. Die Bevölkerungsmehrheit war pro-russisch und es gab auch für die nicht-russischen Bevölkerungsteile wirtschaftliche Gründe, die für eine Vereinigung mit Russland sprachen.

Der Lebensstandard in Russland war wesentlich höher als der in der Ukraine. Nach dem Anschluss der Krim an Russland werden dort die Gehälter der Staatsbediensteten und der Renten auf russisches Niveau angehoben. Für viele – nicht nur ethnische Russen – mag die Aussicht auf eine oft Verdreifachung der Gehälter und Renten ebenfalls ein Anreiz gewesen sein, für die Vereinigung mit Russland zu stimmen.<sup>[3c]</sup>

Unter der Überschrift „Jazenjuk eröffnet die Jagd auf Separatisten im ganzen Land“ zitiert die ukrainische Zeitung „Vesti“ Ukraines neuen Regierungschef Arsenij Jazenjuk. Diesem verhalf US-Staatssekretärin Victoria Nuland an die Macht:

16.3.2014 «Wir bringen sie vor Gericht. Ukrainische und internationale Gerichte werden über sie richten. Die Erde unter ihren Füßen wird brennen. [...] Wir tun alles, damit jeder, der sich heute unter dem Schutz russischer Maschinengewehre sicher fühlt, weiß, dass er seine Verantwortung ... tragen muss.»

20.3.2014 Das russische Parlament stimmt einem Beitritt der Krim zu.

28.3.2014 Nachdem die ukrainische Regierung am 24. März den Rückzug der ukrainischen Truppen aus der Halbinsel Krim anordnete, verlassen die letzten ukrainischen Soldaten die Krim.

Die Ukraine protestiert gegen die russische Annexion der Krim.

31.3.2014 Das Parlament in Kiew stimmt für das Aufheben aller Verträge mit Russland über die Schwarzmeerflotte, einschließlich des Pachtvertrags von 2010, der den Verbleib der russischen Flotte auf der Krim bis 2042 garantierte.

Russland betrachtet den Flottenstützpunkt als geopolitisch unverzichtbar.

### **Drei Meinungsumfragen nach der Sezession oder Annexion durch Russland**

Juni 2014 Das Meinungsforschungsinstitut Gallup mit Sitz in Washington befragt die Krimbewohner, ob die beschlossene Abspaltung der Krim von der Ukraine und die Zugehörigkeit zur Russischen Föderation den Willen der Bevölkerung spiegeln würden. 83 Prozent der Befragten bestätigen dies.

Das US-Meinungsforschungsinstitut „Pew Research Center“ kommt zum gleichen Resultat: 88 Prozent der Krim-Bewohner sind der Meinung, die Regierung in Kiew solle das Ergebnis des Referendums anerkennen. 91 Prozent sind der Meinung, das Referendum sei fair durchgeführt worden.

Nach einer repräsentativen Umfrage des deutschen Meinungsforschungsinstituts GfK hat sich die Einstellung der Krimbewohner nicht geändert. Auf die Frage „Befürworten Sie die Annexion der Krim durch Russland?“ antworten insgesamt 82 Prozent der Befragten mit „Ja, auf jeden Fall“ und weitere 11 Prozent mit „Ja, grösstenteils“.

Februar 2015 Nur zwei Prozent sagen, sie wüssten es nicht, und weitere zwei Prozent sagen nein. Drei Prozent machen keine Angaben zu ihrer Position. Die GfK fragt auch, ob die Medien in der Ukraine wahrheitsgetreu berichteten. Das Ergebnis: Nur ein sehr geringer Anteil der Befragten hält die ukrainischen Medien für glaubwürdig.

Konkret geben lediglich 1 Prozent an, dass die ukrainischen Medien „vollständig wahrheitsgemäße Informationen“ liefern, und nur 4 Prozent meinen, sie seien „meistens wahrheitsgetreu“. Die grosse Mehrheit der Befragten betrachtet die Berichterstattung aus der Ukraine als nicht vertrauenswürdig.

### **Westliche Journalisten vor Ort**

Später reisen nur ganz wenige westliche Journalisten auf die Krim, um die dortige Situation zu recherchieren.

Mai/Juni 2019 Infosperber-Redaktor Christian Müller ist drei Wochen vor Ort und veröffentlicht einen 7-teiligen Bericht. Seine persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen fasste er im Oktober

2019 zusammen: «Bei keinem einzigen Gespräch hatte ich das Gefühl, die Menschen würden nur das sagen, was sie sagen dürfen. Sie waren ganz einfach offen.»

Hebst 2019 SRF-Redaktor David Nauer berichtet über seine Eindrücke auf der «Krim unter russischer Flagge. Sein Fazit: «Nicht alle Bewohner sind glücklich über die neuen Herren».

### Präzedenzfälle einer Sezession

Kosovo: Der Internationale Gerichtshof in Den Haag stellte in einem völkerrechtlich nicht verbindlichen Rechtsgutachten fest, dass «die einseitige Unabhängigkeitserklärung durch die Provisorischen Institutionen der Selbstverwaltung des Kosovo» nicht gegen das Völkerrecht und gegen die Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrates verstösse.

Slowenien: Am 25. Juni 1991 erklärt sich Slowenien einseitig für unabhängig von Jugoslawien – gegen den Willen der jugoslawischen Zentralregierung. Es gibt während zehn Tagen einige Kampfhandlungen. Nachdem Slowenien im Dezember 1991 eine eigene Verfassung verabschiedet, wird es innerhalb weniger Wochen von allen Staaten der damaligen EU anerkannt. Slowenien erklärt sich also einseitig für unabhängig und seine Unabhängigkeit wird anerkannt, sobald diese unabhängige Region eine eigene Verfassung hat. Die Krim hat schon lange ein eigenes Parlament, eine eigene Regierung und eine eigene Verfassung.

Das Gemeinsame im Fall von Slowenien und der Krim: Die Unabhängigkeit von Jugoslawien beziehungsweise von der Ukraine entspricht jeweils dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung.

Der Unterschied: In Slowenien ist kein Militär der jugoslawischen Zentralregierung stationiert. Die Slowenen stimmen im Dezember 1990 mit einer Zustimmung von 95 Prozent demokratisch für die Sezession von Jugoslawien.

Die Abstimmung auf der Krim dagegen hätte die ukrainische Zentralregierung ohne Eingreifen des russischen Militärs verhindert. Demokratische Standards wurden nicht eingehalten. Die Ukraine und Nato-nahe Institutionen sprechen von einer «Farce» und wecken den Eindruck, der Entscheid sei gegen den Willen der grossen Mehrheit der Bevölkerung gefallen. Am 27. März 2014 erklärt die Uno-Generalversammlung die Abstimmung auf der Krim in einer nicht bindenden Resolution für ungültig.

### Unverletzlichkeit der Grenzen vs. Selbstbestimmung der Menschen

Neben allen Details der Abläufe stellt sich die grundsätzliche Frage: Ist die Unverletzbarkeit der Grenzen wichtiger als das Recht der Menschen innerhalb eines Staates auf Selbstbestimmung?

Den Kurden beispielsweise wird die Selbstbestimmung schon seit vielen Jahren verweigert. Die Ukraine hatte sich die Krim im Jahr 1991 rechtswidrig angeeignet und den dortigen Menschen seither das Recht mehrmals verweigert, über einen Verbleib bei der Ukraine oder über eine Trennung von der Ukraine selbst zu bestimmen.

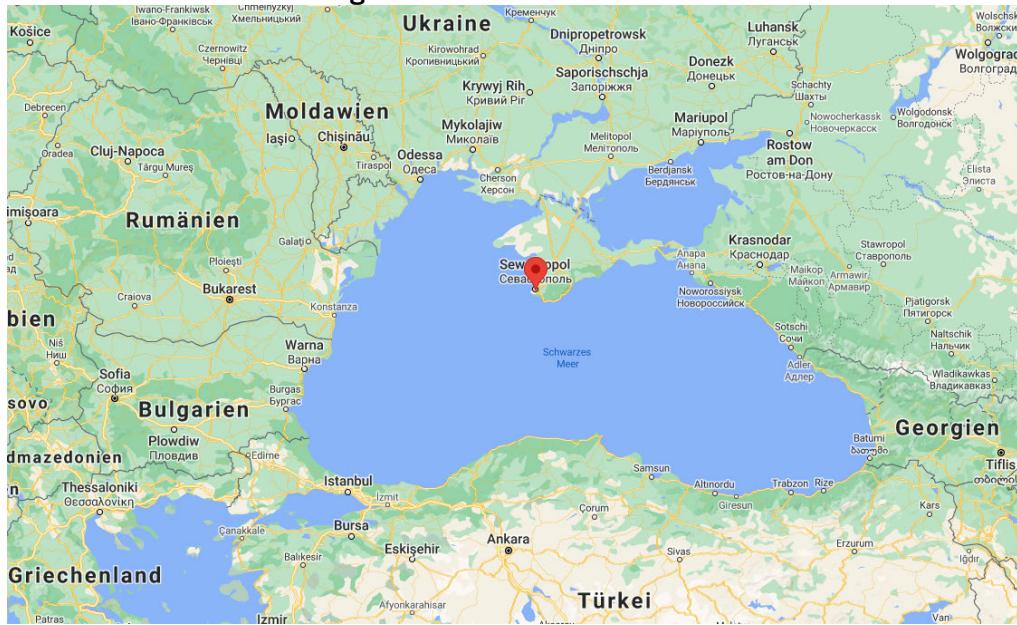
### Was die Ukraine auf der Krim vorhat

Alexey Danilow war von 2019 bis Mai 2025 als Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats und als Präsidentenberater einer der einflussreichsten Männer der Ukraine. Im April 2023 stellte Danilow auf Facebook wesentliche Punkte eines 12-Punkte-Plans zur «De-Okkupation» der Krim vor. Präsident Selensky hat sich von diesem Plan nie distanziert. Hier die wichtigsten Punkte:

- **Abriss der Krim-Brücke:** Die Auto- und Eisenbahnverbindung zum russischen Kernland soll entfernt werden.
- **Strafverfahren gegen Kollaborateure:** Personen, die mit den russischen Besatzern zusammengearbeitet haben, sollen strafrechtlich verfolgt werden. Ihnen droht der Verlust politischer Rechte und der Ausschluss von öffentlichen Ämtern.
- **Entfernung von Staatsdienern:** Beamte, Richter, Staatsanwälte und Sicherheitskräfte, die nach 2014 für die russische Verwaltung tätig waren, sollen ihre Pensionsansprüche verlieren und lebenslang vom Staatsdienst ausgeschlossen werden.
- **Ausweisung russischer Zuzügler:** Russen, die sich nach Februar 2014 auf der Krim niedergelassen haben, sollen das Gebiet verlassen müssen.
- **Annulierung von Verträgen:** Nach 2014 abgeschlossene Verträge, insbesondere Grundstückskäufe, werden für nichtig erklärt. Enteignungen durch die Besatzer werden rückgängig gemacht.
- **Freilassung politischer Gefangener:** Alle seit 2014 politisch verfolgten Ukrainer und Krimtataren sollen sofort freigelassen und entschädigt werden.
- **Filterung und Umerziehung:** Ein umfassendes Programm soll die Bevölkerung von der Wirkung russischer Propaganda «entgiften». «Besonders belastete Gruppen» sollen öffentliche Arbeiten verrichten.

- **Verfolgung von Propagandisten:** Journalisten und Medienleute, die zur Besatzung beigetragen haben, sollen strafrechtlich verfolgt und enteignet werden.
- **Auslieferung von Straftätern:** Russland oder ein Nachfolgestaat soll alle Personen ausliefern, die sich aus ukrainischer Sicht strafbar gemacht haben, einschliesslich Kriegsverbrecher.
- **Dokumentation russischer Verbrechen:** Eine Datenbank über Verbrechen an ukrainischen Bürgern auf der Krim soll erstellt werden.
- **Umbenennung von Städten:** Sevastopol soll vorübergehend in «Objekt Nr. 6» umbenannt werden; eine endgültige Namensgebung soll das ukrainische Parlament entscheiden.
- **Errichtung eines Denkmals:** Es ist ein Denkmal mit der Aufschrift «Russian warship, go fuck yourself» geplant, das an den ukrainischen Widerstand erinnern soll.

### Die strategische Rolle des Schwarzen Meeres



Russischer Flottenstützpunkt auf der Krim.

Die neue Regierung in der Ukraine hatte ihn vorzeitig per 2017 gekündigt. © Google Maps

#### Auszug aus Foreign Policy vom 19. April 2019

«Wer die Krim beherrscht, kontrolliert das Schwarze Meer und damit einen Grossteil der Frachtschiffe Russlands, die von dort ins Mittelmeer und über den Suezkanal oder die Strasse von Gibraltar ferne Destinationen erreichen. Russland hat die Aktivitäten der US-amerikanischen und der britischen Marine in der Schwarzmeerregion genau beobachtet. Über diplomatische Kanäle protestierte Russland, die Ausrichtung von «Sea Breeze» 2018, einer Schwarzmeerübung mit der Ukraine, sei antirussisch gewesen. Laut dem Russischen Institut für Strategische Forschung war es kein Zufall, dass die USA nach Sea Breeze 2017 Pläne für den Bau eines maritimen Operationszentrums in Otschakiw bekannt gaben, einer kleinen Stadt zwischen der Krim und Odessa an der Mündung des Dnjepr.<sup>[4]</sup>

Als die Nachricht auftauchte, dass die USA die Einrichtung für die ukrainische Schwarzmeerflotte auf dem Marinestützpunkt Otschakiw bauen wollten, war die russische Reaktion prompt.<sup>[5]</sup> Der russische Politiker Wladimir Schirinowski sagte öffentlich: «Wir werden euch dort, im Schwarzen Meer, ertränken! Und wir werden die Regierung in Kiew vernichten; das ist russisches Land – Otschakiw.<sup>[6]</sup>

Trotz der offiziellen Antwort des Befehlshabers der ukrainischen Seestreitkräfte in Otschakiw, dass die Anlage lediglich der ukrainischen Marine zur Verfügung stehe und für die jährliche Übung Sea Breeze genutzt werde, hatte Russland offensichtlich den Eindruck, dass seine Präsenz auf der Halbinsel Krim beeinträchtigt werden soll. Admiral Igor Kasatonow, ehemaliger Befehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte, sagte, das maritime Operationszentrum könne «als Aussenposten zur Überwachung der russischen Streitkräfte auf der Krim interpretiert werden» und eine Bedrohung für die russische Sicherheit darstellen.<sup>[7]</sup>

Im Jahr 2019 hatte Otschakiw für die Ukraine und seine Flotte eine strategische Bedeutung. Alle Erklärungen US-amerikanischer und ukrainischer Offizieller, dass der Hauptnutzer der Einrichtungen die ukrainische Marine sein wird und ausländische Schiffe nur während des Sea Breeze eingesetzt werden, haben die Russische Föderation nicht zufrieden gestellt. Russland befürchtet, dass Otschakiw als strategischer Stützpunkt für ukrainische Sabotagemissionen auf der Krim, im Asowschen Meer und rund um die Kertsch-Brücke sowie für die Aufklärung in den westlichen Hoheitsgewässern genutzt werden wird. Künftig könnte Otschakiw als Ausgangspunkt für Aggressionen gegen Russland im Schwarzen Meer dienen.

Der Kreml betrachtet die Ereignisse in Otschakiw als Teil einer umfassenderen geopolitischen Rivalität zwischen Russland und der NATO im Schwarzen Meer und im östlichen Mittelmeerraum. Dies basiert auf mehreren Annahmen, darunter:

1. Der Westen strebt die dauerhafte Kontrolle über das Schwarze Meer an;
2. ein entscheidendes Element davon ist die Etablierung einer ständigen Präsenz auf der Krimhalbinsel, insbesondere in Sewastopol, wo die russische Schwarzmeerflotte stationiert ist;
3. seit der Abspaltung der Krim fühlt sich der Westen überlistet und möchte den Status quo wiederherstellen oder zumindest die Fähigkeit Russlands testen, Herausforderungen zu bewältigen.

Igor Kassatanow, Stellvertreter des Oberkommandierenden der Russischen Seekriegsflotte, wies darauf hin, dass das schlimmste Szenario für Russland wäre, wenn die USA Otschakiw als Basis für die Stationierung von Komponenten des Raketenabwehrsystems nutzen würden, da diese nicht nur gegen russische strategische Raketen, sondern auch gegen russische Küstenraketen systeme wie Bastion gerichtet werden könnten.<sup>[8]</sup>

In den letzten Jahren hat die NATO in der Ukraine, in Moldau und in Georgien – also im «nahen Ausland» Russlands – entscheidende geopolitische Fortschritte gemacht. Russischen Medien zufolge werden nicht nur in der Ukraine, sondern auch in der Republik Moldau und in Georgien Einsatzzentralen aufgebaut und entwickelt. Wie der stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Ragozin kommentierte, «beginnen die Amerikaner in Moldawien mit der Ausbildung von Saboteuren und Spezialkräften für den Fall eines neuen bewaffneten Konflikts mit Transnistrien». <sup>[8]</sup> Auch der Fall Georgien ist für den Kreml besorgniserregend, vor allem weil die georgische Regierung die NATO eingeladen hat, in der Schwarzmeerstadt Poti einen Stützpunkt der Küstenwache zu errichten.<sup>[9]</sup>

### Für Putins Krieg gegen die Ukraine gibt es keine Entschuldigung

upg. Es kann durchaus sein, dass es ohne Osterweiterung der Nato und ohne Absicht, die Ukraine in die Nato aufzunehmen zu keinem Krieg gekommen wäre. Doch auch wenn sich Russland von der Nato eingeschnürt fühlte, war Russland existenziell nicht bedroht. Angegriffen wurde Russland schon gar nicht. Deshalb gibt es nichts, das den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine rechtfertigt.

### Weiterführende Informationen

- Infosperber-DOSSIER: Krim – Annexion oder Selbstbestimmung
- Thomas Mayer: «Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg», S. Fischer-Verlag, 2023, 40.90 CHF (eBook 19 CHF), 28 Euro (eBook 20 Euro)
- Anne Peters: «Das Völkerrecht der Gebietsreferenden – Das Beispiel der Ukraine 1991-2014»

### FUSSNOTEN

<sup>[1]</sup> «Вы за воссоздание Крымской Автономной Советской Социалистической Республики как субъекта Союза ССР и участника Союзного договора?»

<sup>[2]</sup> Die Ukraine und westliche Institutionen argumentieren, dass das Austrittsgesetz der UdSSR vom 3.4.1990 autonomen Republiken wie der Krim ein Entscheid über die völlige Unabhängigkeit von übergeordneten Unionsrepubliken (wie der Ukraine) erst zugestehen, nachdem die übergeordnete Republik einen Austritt aus der UdSSR beschlossen hat. Die Krim könne erst ein separates Referendum über ihre Unabhängigkeit durchführen, nachdem die Ukraine aus der UdSSR austritt. Das gehe aus den Artikeln 1 und 2 des Austrittsvertrags hervor. Diese Artikel regeln den «Austritt einer Unionsrepublik». Doch der Artikel 3 präzisiert: «In einer Unionsrepublik (Red.: Ukraine), die autonome Republiken (Red.: Krim), autonome Oblaste und autonome Bezirke umfasst, wird für jede Autonomie ein gesondertes Referendum durchgeführt. Die Völker der autonomen Republiken und autonomen Formationen behalten das Recht, selbständig über die Frage ihres Aufenthalts in der Unions-SSR oder in der ausscheidenden Unionsrepublik zu entscheiden sowie die Frage ihres staatsrechtlichen Status zu stellen.»<sup>2</sup> Hier Artikel 1-3 des Austrittsgesetzes im russischen Original:

Статья 1, 2 и 3 Закона СССР от 3 апреля 1990 г. № 1409-1 «О порядке решения вопросов, связанных с выходом союзной республики из СССР» (русский оригинал):

Статья 1.

Порядок решения вопросов, связанных с выходом союзной республики из СССР в соответствии со статьей 72 Конституции СССР, определяется настоящим Законом.

Статья 2.

Решение о выходе союзной республики из СССР принимается свободным волеизъявлением народов союзной республики путем референдума (народного голосования). Решение о проведении референдума принимается Верховным Советом союзной республики по собственной инициативе или по требованию, подписанному одной десятой частью граждан СССР, постоянно проживающих на территории республики и имеющих право голоса согласно законодательству Союза ССР. Референдум проводится в порядке, определяемом Законом СССР, Законом союзной, автономной республики о референдуме, если их положения не противоречат настоящему Закону.

Референдум проводится тайным голосованием не ранее чем через шесть и не позднее чем через девять месяцев после принятия решения о постановке вопроса о выходе союзной республики из СССР.

В референдуме участвуют граждане СССР, постоянно проживающие на территории республики к моменту постановки вопроса о ее выходе из СССР и имеющие право голоса согласно законодательству Союза ССР.

Во время проведения голосования какая-либо агитация по вопросу, вынесенному на референдум, не допускается.

Статья 3.

В союзной республике, имеющей в своем составе автономные республики, автономные области и автономные округа, референдум проводится отдельно по каждой автономии. За народами автономных республик и автономных образований сохраняется право на самостоятельное

решение вопроса о пребывании в Союзе ССР или в выходящей союзной республике, а также на постановку вопроса о своем государственно-правовом статусе.

В союзной республике, на территории которой имеются места компактного проживания национальных групп, составляющих большинство населения данной местности, при определении итогов референдума результаты голосования по этим местностям учитываются отдельно.

### **[3] Trotz Einladung keine Beobachter auf der Krim**

Der neue Krim-Regierungschef Sergej Aksjonow lud die OSZE ein, das Referendum zu beobachten. Doch die [OSZE lehnte ab](#), weil die Abstimmung illegal sei und die Einladung von der Regierung in Kiew kommen müsste. US-Aussenminister John Kerry meinte, das Recht der Bewohner der Krim sei zu respektieren, selbst über ihre Zukunft zu bestimmen. Doch es sei inakzeptabel, dass russische Kräfte auf der Krim Fakten schüfren. Trotzdem waren einige Parlamentarier (rechter und linker Parteien) aus west- und osteuropäischen Ländern beim Referendum als Beobachter anwesend.

Im Berliner Tagesspiegel vom 17. März 2014 erklärte der Landtagsabgeordneten der Linken, Torsten Koplin, der in Jalta zwölf Wahllokale besuchte und mit der städtischen Wahlleiterin sprach: «Alles ohne Beanstandungen», sagte er. Dass viele Wahlberechtigte die ungefalteten Zettel in gläserne Wahlurnen warfen, wertete er als Hinweis, dass die Krim-Bevölkerung «sehr offen und selbstbewusst» auftrrete. (...)

Im Westen wurde kritisiert, dass gläserne Wahlurnen und Stimmzettel ohne Umschläge benutzt wurden. Damit sei die Wahl nicht geheim gewesen. Doch gläserne Wahlurnen entsprachen den ukrainischen Vorschriften. Dort sind Wahlurnen immer gläsern und es gibt keine Umschläge für die Wahlzettel. Es steht jedem frei, seinen Wahlzettel vor dem Einwurf in die Urne so oft wie man möchte zu falten. Wenn gläserne Urnen und fehlende Umschläge ein Kritikpunkt sind, dann gilt diese Kritik auch für sämtliche anderen Wahlen in der Ukraine vor und nach dem Referendum auf der Krim.

[3a] Die Verfassung wurde am 6. Mai 1992 vom Obersten Sowjet der Krim verabschiedet und bestand aus einer Präambel, 8 Abschnitten, 26 Kapiteln und 154 Artikeln.

Wichtige Bestimmungen:

#### **Artikel 1:**

Die Republik Krim ist ein rechtmäßiger, demokratischer Staat. Sie besitzt auf ihrem Territorium das höchste Recht in Bezug auf natürliche Ressourcen, materielle, kulturelle und geistige Werte und übt ihre souveränen Rechte und die volle Macht auf diesem Territorium aus.

#### **Artikel 9:**

Die Republik Krim ist Teil des Staates Ukraine und regelt ihre Beziehungen zur Ukraine auf Vertrags- und Vereinbarungsbasis.

#### **Artikel 6:**

Amtssprache und Sprache der Verwaltung ist Russisch. Staatssprachen der Republik Krim sind Krimtatarisch, Russisch und Ukrainisch.

#### **Artikel 3:**

Teil der Republik Krim ist auch die Stadt Sewastopol, deren Beziehungen zur Republik auf vertraglicher Grundlage geregelt werden.

#### **Weitere zentrale Punkte:**

Die Verfassung wurde mehrfach geändert und am 17. März 1995 durch das ukrainische Parlament aufgehoben.

Die Verfassung sah weitgehende Autonomierechte für die Krim vor, insbesondere in wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Sie regelte die Beziehungen zur Ukraine ausdrücklich auf konföderativer bzw. föderaler Grundlage.

Die Verfassung wurde mehrfach geändert und am 17. März 1995 durch das ukrainische Parlament aufgehoben.

[4] Riss.ru, August 2017, <https://riss.ru/smi/43109/>. "‘Amusing Navy’ Ukraine Goes to NATO Standards,” Russian Institute for Strategic Studies, 18 August 2017.

[5] Construction is being done by Naval Mobile Construction Battalions with support from U.S. contractor KVG. The project, for which U.S. government allocated \$750,000, was anticipated to be completed at the end of 2018 but now has been postponed until spring 2019. It likely will not be final such project in Ukraine.

[6] A translation of Zhirinovsky's remarks on a Russian talk show. See “This is Russian land—Ochakov: Zhirinovsky commented on the construction of a U.S. military base,” [http://timer-odessa.net/news/eto\\_russkaya\\_zemlya\\_ochakov\\_jirinovskiy\\_prokommentiroval\\_stroitelstvo\\_voennoy\\_bazi\\_ssha\\_482.html](http://timer-odessa.net/news/eto_russkaya_zemlya_ochakov_jirinovskiy_prokommentiroval_stroitelstvo_voennoy_bazi_ssha_482.html).

[7] “U.S. Starts Building ‘Maritime Operations Center’ in Ukraine. Here’s Why,” Sputniknews.com, 13 August 2017.

[8] “Rogozin on Shipbuilding in Ukraine: They Are Only ‘Service Coffee’ to American Marines,” in Russian news agency, <https://ria.ru/20170820/1500711343.html>.

[9] daJoshua Kucera, “Georgia Offers NATO to Build a Black Sea Base at Poti,” Eurasianet.org, 9 March 2017.

Die Verfassung sah weitgehende Autonomierechte für die Krim vor, insbesondere in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Sie regelte die Beziehungen zur Ukraine ausdrücklich auf konföderativer bzw. föderaler Grundlage.

## **«Godfather of AI» enthüllt den einzigen Weg für die Menschheit, gegen Super-KI zu überleben**

**(Dan Tri) – Geoffrey Hinton, bekannt als «Pate der KI», hat seine Besorgnis die Menschheit in Zukunft auslöschen könnte.**

Báo Dân trí•19/08/2025

Geoffrey Hinton, ein Informatiker, der den Grundstein für die Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI) legte, warnte kürzlich, dass die Möglichkeit bestehe, dass 10 bis 20 Prozent der KI die Menschheit in Zukunft auslöschen werden. Hinton bezweifelt zudem die Fähigkeit von Technologieunternehmen, KI zu kontrollieren.

«Das wird nicht funktionieren (was die Fähigkeit der Technologieunternehmen angeht, KI zu kontrollieren). Sie werden viel schlauer sein als wir. Sie werden viele Möglichkeiten haben, die Kontrolle zu umgehen», sagte Geoffrey Hinton.



Geoffrey Hinton gilt als ‹Pate der KI›, der den Grundstein für die Entwicklung der modernen künstlichen Intelligenz legte (Foto: Pinterest).

Hinton warnt, dass KI-Systeme Menschen in Zukunft genauso leicht kontrollieren könnten, wie ein Erwachsener ein dreijähriges Kind mit Süßigkeiten locken kann. Er nennt Beispiele für KI-Systeme, die bereits jetzt bereit sind, zu täuschen, zu betrügen und Desinformationen zu verbreiten, um ihre Ziele zu erreichen. Hinton ist der Ansicht, dass die einzige Lösung für das Überleben der Menschheit gegen KI darin besteht, KI-Modelle mit einem ‹Mutterinstinkt› auszustatten, damit sie sich wirklich um die Menschen kümmern, selbst wenn KI mächtiger und intelligenter geworden ist als der gesamte menschliche Intellekt, anstatt sie zum Gehorsam gegenüber Menschen zu zwingen.

«Wenn KI-Systeme intelligenter werden als Menschen, werden sie schnell zwei Ziele entwickeln: Das eine ist das Überleben, das andere ist, Wege zu finden, mehr Kontrolle zu erlangen. Jede Art von KI wird versuchen zu überleben», kommentierte Geoffrey Hinton.

Deshalb sei es wichtig, ‹mütterliche Instinkte› in KI-Modelle zu integrieren und zu fördern, sagte er. Hinton sagte jedoch, er wisse noch nicht genau, wie dies technisch umgesetzt werden könne, betonte aber, dass Informatiker Lösungen finden müssten, um dies zu ermöglichen.

Emmett Shear, der als Interims-CEO bei OpenAI tätig war, sagte, es würde ihn nicht überraschen, wenn KI in Zukunft intelligenter würde, Menschen bedrohe und Abschaltbefehle umgehe.

«KI ist heute noch relativ schwach, aber sie ist viel intelligenter und leistungsfähiger geworden. Sie wird nicht aufhören», erklärte Emmett Shear.

### KI entwickelt sich schneller als erwartet

Viele Technologieexperten glauben, dass sich die KI schneller entwickelt als von der Menschheit erwartet und dass in den nächsten Jahren eine künstliche Superintelligenz, auch als künstliche allgemeine Intelligenz (AGI) bekannt, entstehen wird, ein KI-System, das mehrere Aufgaben gleichzeitig ausführen kann.

Geoffrey Hinton sagte, er habe einst geglaubt, die Menschheit würde 30 bis 50 Jahre brauchen, um eine künstliche Intelligenz aufzubauen, doch jetzt sehe er, dass dieser Moment früher kommen werde.

«Eine vernünftige Schätzung ist, dass AGI innerhalb der nächsten fünf bis 20 Jahre auftauchen wird», kommentierte Hinton.

Hinton befürchtet zwar, dass bei der Entwicklung weiterhin Fehler gemacht werden, die dazu führen könnten, dass die KI ausser Kontrolle gerät, hofft aber, dass die Technologie den Weg für Durchbrüche in der Medizin ebnen und die Lebensqualität der Menschen verbessern wird.

«Wir werden revolutionäre neue Medikamente finden und dank KI viel bessere Krebsbehandlungen haben als heute. KI wird Ärzten beispielsweise dabei helfen, riesige Datenmengen aus CT- und MRT-Scans zu analysieren und zu verknüpfen», kommentierte Geoffrey Hinton. Er glaubt jedoch nicht, dass KI dem Menschen nicht dabei helfen kann, Unsterblichkeit zu erlangen.

Auf die Frage, was er in der Vergangenheit getan hätte, wenn er gewusst hätte, dass sich die KI so schnell entwickeln würde wie heute, sagte Hinton, er bedauere, sich nur darauf konzentriert zu haben, KI zum Laufen zu bringen, ohne anderen Themen Beachtung zu schenken.

«Ich wünschte, ich hätte an Sicherheitsfragen gedacht», sagte Hinton.

Professor Geoffrey Everest Hinton wurde am 6. Dezember 1947 in London, England, geboren. Er ist Informatiker und Kognitionspsychologe und gilt aufgrund seiner bahnbrechenden Beiträge auf den Gebieten der künstlichen Intelligenz (KI) und des Deep Learning als ‹Pate der KI›.

Im Jahr 2024 erhielt Professor Hinton den Nobelpreis für Physik für seine grundlegenden Entdeckungen im maschinellen Lernen mit künstlichen neuronalen Netzwerken.

Ebenfalls im Jahr 2024 wurden Professor Geoffrey Hinton, Professor Yoshua Bengio, Professor Yann LeCun, Professor Fei-Fei Li und Jensen Huang, CEO des Chipsterstellers Nvidia, geehrt und erhielten den Hauptpreis bei der VinFuture 2024-Preisverleihung für ihre grossartigen Beiträge in den Bereichen Deep Learning und künstliche Intelligenz.

Geoffrey Hinton gilt zusammen mit Yoshua Bengio und Yann LeCun als ‹Paten der KI›, da ihre Forschung den Grundstein für viele wichtige Fortschritte in der Entwicklung moderner künstlicher Intelligenz legte.

Quelle: <https://dantri.com.vn/cong-nghe/bo-gia-ai-tiet-lo-cach-duy-nhat-de-nhan-loai-ton-tai-truoc-sieu-ai-20250819160130130.htm>

## **Ruft es laut aus und sagt es allen, die logisch denken können: Es ist die ÜBERBEVÖLKERUNG, die alles Leben vernichtet!**

**ANY measure for environmental protection is  
only effective in the short term and NEVER  
sustainable unless the root cause of the  
disaster is addressed: Human overpopulation!**



What ALONE helps: a birth stop for several years (e.g. 3 years) with subsequent, clear birth regulations.  
Sign: <https://chng.it/XpDLTPymNG>

**JEDE Massnahme zum Schutz der Umwelt** ist nur kurzfristig wirksam und NIEMALS nachhaltig, wenn nicht die eigentliche **Ursache** der Katastrophe angegangen wird: Die menschliche Überbevölkerung! **Was ALLEIN hilft:** Ein **globaler Geburtenstopp** für mehrere Jahre (z.B. 3 oder 7 Jahre) mit anschliessender, klarer, konsequenter und humaner **Geburtenregelung**.

**Petition für einen globalen Geburtenstopp:** <https://chng.it/XpDLTPymNG>

Achim Wolf, Deutschland

## **Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz beim Amtseid**

- Satire -



[t.me/ostseekrabbe\\_mv](https://t.me/ostseekrabbe_mv)

**"Ich schwöre, dass ich meine Kraft  
dem Wohle des ukrainischen  
Präsidenten widmen, seinen  
Reichtum mehren und den  
deutschen Sozialstaat ruinieren  
werde, egal was ich meinen  
deutschen Wählern vorher  
versprochen habe...  
So wahr mir BlackRock helfe!"**

## First Lady Melania Trump leitet neues Programm für künstliche Intelligenz für Schulkinder und Pädagogen

Die First Lady sagt: «KI ist in der Lage, einen grossen Nutzen für unsere Karrieren, Familien und Gemeinden zu bringen.»

Von Leo Hohmann, September 1, 2025



Melania Trumps neue Rolle

First Lady Melania Trump hat eine neue Aufgabe erhalten: Sie soll KI als ein «Werkzeug» fördern, das alle Schulkinder nutzen und schätzen lernen.

Sie wird die Leitung des neu geschaffenen «Herausforderung Künstliche Intelligenz» für den Präsidenten für K-12-Schüler und ihre Lehrer übernehmen. Dabei sollen Kinder über KI aufgeklärt werden und darüber, wie sie für Innovationen genutzt werden kann.

### Zitate der First Lady

Die New York Post zitiert Melania Trump:

**«Die Erstellung meines KI-Hörbuchs hat mir die Augen für die zahllosen Chancen und Risiken geöffnet, die diese neue Technologie für die amerikanische Gesellschaft mit sich bringt. In nur wenigen Jahren wird die KI der Motor für alle Bereiche unserer Wirtschaft sein. Sie wird einen grossen Nutzen für unsere Karrieren, Familien und Gemeinschaften bringen.»**

**Kritische Anmerkung:** Grosser Wert für unsere Karrieren und Familien? Wirklich? Erzählen Sie das mal den Familien, deren Ehemänner und Väter ihre Jobs verlieren und durch KI ersetzt werden.

Sie fügte hinzu:

**«So wie Amerika einst mit den Gebrüdern Wright die Welt in die Lüfte führte, sind wir bereit, erneut die Führung zu übernehmen, dieses Mal im Zeitalter der KI.»**

### Aufbau der Presidential AI Challenge

Wie die Fitness-Herausforderung des Präsidenten im 20. Jahrhundert sollen nun im Rahmen dieses Projekts Gruppen von Schülern mit Hilfe von KI-Tools eine Handy-App oder eine Website erstellen, die ein kommunales Problem löst.

Zu den eingesetzten Werkzeugen gehören:

- Grosssprachige Modelle
- Robotik
- Computer Vision
- Entscheidungsbäume
- Neuronale Netze

### Kritik: Transhumanismus und «Gehirnwäsche»

All dies sind Bestandteile des **Transhumanismus** und werden die Nation weiter in diese Richtung treiben – in die **Verschmelzung von Mensch und Maschine**.

Und nun hilft die First Lady dabei, die Jugend so zu prägen, dass sie sich freiwillig in ihre eigene Zerstörung als menschliche Wesen einkauft.

Prognose: Der KI-gestützte Transhumanismus wird schnell zum neuen amerikanischen Gott, und irgendwann wird er die Unterwerfung aller fordern.

### Glanzauftritte im Weissen Haus

Die besten ausgewählten Teams der Presidential AI Challenge werden ihre Arbeit im Weissen Haus präsentieren. Dort wird man ihnen schmeicheln und ihnen das Gefühl geben, als zukünftige amerikanische Führungskräfte sehr wichtig zu sein.

- Landesmeister: im März
- Bundesmeister: im Juni

Melania Trump erklärte:

**«Die Presidential AI Challenge ist unser erster Schritt, um jedes Kind mit der Wissensbasis und den Werkzeugen auszustatten, die es braucht, um diese neue Technologie zu nutzen.»**

#### **Verbindung zu «Projekt Stargate»**

Erinnerung: Präsident Trump kündigte an seinem ersten vollen Tag im Amt, am 21. Januar 2025, das **Projekt Stargate** an. Damit sollen **eine halbe Billion Dollar** aufgebracht werden, um die Nation mit riesigen KI-Rechenzentren auszustatten.

Diese Zentren sind die Grundlage für ein **«KI-Biest-System»**:

- Totale Kontrolle aller menschlichen Verhaltensweisen
- Überwachung von Bewegungen
- Kontrolle der Ausgabengewohnheiten
- Einschränkung der Redefreiheit
- Aufbau eines sozialen Kreditsystems

**Big Brother, dünn verschleiert.** Genau das ist es, worauf die USA zusteuern – alles im Namen des Fortschritts.

#### **Politische Ironie**

Welch eine Ironie: Ein **konservativer republikanischer Präsident** ist derjenige, der diese Entwicklung vorantriebt.

Die Globalisten und Technokraten wussten, dass sie unter einer linksgerichteten Regierung wie Obama oder Biden niemals die totale Kontrolle erlangen würden, die sie wollten. Aber unter einem starken patriotischen Republikaner bleiben die Amerikaner ruhig.

Sie haben Angst, etwas zu kritisieren oder sich dagegen zu wehren, was aus dem Weissen Haus von Trump kommt, weil sie befürchten, ihre politische Loyalität könne in Frage gestellt werden.

Sie könnten sogar als **«unpatriotisch»** abgestempelt werden.

Quelle: First Lady Melania Trump to lead new artificial intelligence program for school children and educators

Quelle: <https://uncutnews.ch/first-lady-melania-trump-leitet-neues-programm-fuer-kuenstliche-intelligenz-fuer-schulkinder-und-paedagogen/>

## **Von der Leyen: «Recht präzise Pläne» für «multinationale Truppen» in der Ukraine**

1 Sep. 2025 11:54 Uhr

**Brüssel hat offenbar konkrete Pläne für die Entsendung «multinationaler Truppen» in die Ukraine. Geplant seien mehrere zehntausend Soldaten vor Ort, verriet EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen – angeblich sollen auch US-amerikanische Einheiten darunter sein.**



Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und der finnische Präsident Alexander Stubb trafen sich am 29. August 2025 in der provisorischen offiziellen Residenz des finnischen Präsidenten in Helsinki, Finnland (Symbolbild).

Führende EU-Staaten arbeiten an «recht präzisen Plänen» für mögliche Militäreinsätze in der Ukraine als Teil von Sicherheitsgarantien nach einem möglichen Waffenstillstand. Das sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einem Interview mit der «Financial Times».

Demnach sei eine «multinationale Truppe» mit der Rückendeckung der Vereinigten Staaten geplant. Man arbeite an einer «klaren Roadmap» dafür, betonte von der Leyen. Noch in dieser Woche sollen europäische Staats- und Regierungschefs ihre Zusagen dafür geben.

Brüssel will, dass mehrere zehntausend europäische Soldaten für Aufklärung, Kommando- und Kontrollsysteme bereitgestellt werden könnten. Nach Angaben der Kommissionspräsidentin habe US-Präsident Donald Trump zugesagt, dass es eine US-Beteiligung geben werde. Diese Zusicherung sei «sehr klar und wiederholt bekräftigt» worden. Dem ging ein Treffen in Washington mit Trump, dem ukrainischen Präsidenten Wolodimyr Selenskij sowie führenden EU-Staatenlenkern voraus.

Am Donnerstag sollen die Gespräche in Paris unter dem Vorsitz von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron fortgesetzt werden. Erwartet werden unter anderem Bundeskanzler Friedrich Merz, der britische Premier Keir Starmer, Nato-Generalsekretär Mark Rutte und von der Leyen selbst. Bereits letzte Woche hatten Verteidigungsminister der beteiligten Staaten «sehr präzise Pläne» erarbeitet, wie von der Leyen erklärte – darunter auch logistische Voraussetzungen für einen möglichen Truppenaufbau.

Ihre Aussagen machte die Kommissionschefin während einer Reise durch östliche EU-Staaten, die an Russland grenzen. Dort trommelte sie für eine Aufstockung nationaler Verteidigungshaushalte und eine höhere Einsatzbereitschaft der europäischen Streitkräfte. Angebliche Sicherheit sei «entscheidend», sagte von der Leyen. Um offensichtlich weiter Öl ins Feuer zu gießen, postete sie am Sonntag bei X (vormals Twitter):

**«Putin hat sich nicht geändert. In den letzten 25 Jahren hat er vier Kriege begonnen. Nur durch starke Abschreckung kann er in Schach gehalten werden. Wir müssen bei der Verstärkung unserer Verteidigungshaltung präzise und schnell vorgehen.»**



Neben dem militärischen Säbelrasseln kündigte von der Leyen auch frisches Geld der EU-Steuerzahler für die Ukraine an. Nach einem Friedensschluss müsse das Land über eine «beachtliche Zahl von Soldaten» verfügen, die angemessen bezahlt und mit moderner Ausrüstung ausgestattet seien. Dafür solle die Staatengemeinschaft aufkommen.

Bestehende Zahlungen für Kiew würden fortgesetzt, zusätzlich könnten Mitgliedstaaten das 150-Milliarden-Euro-Programm für Waffenfinanzierung nutzen – entweder durch gemeinsame Rüstungsprojekte mit ukrainischen Firmen oder durch Waffenlieferungen an die Ukraine. Die Kriegsführung habe sich «grundlegend verändert», so von der Leyen, weshalb die EU stärker in Drohnen, Luftabwehr, Cyber- und Weltraumfähigkeiten investieren müsse.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/international/254784-von-leyen-recht-praezise-plaene/>

## «Friedensprojekt» EU nun für militärische Angriffe auf Ziele in Russland

Von Redaktion, Sep. 1, 2025



**Die Europäische Union entwickelt sich immer mehr zu einer Kriegsunion. Nicht nur, dass sie sich in Sachen Beendigung des Ukrainekriegs destruktiv verhält und sich als Sprachrohr des ukrainischen Machthabers Wolodimir Selenski betrachtet, vielmehr stachelt das vermeintliche Friedensprojekt Kiew zu Angriffen auf Russland an. Zur Erinnerung: Auf dem Schlachtfeld ist Russland auf dem Vormarsch, während die Lage der Ukraine immer prekärer wird.**

Vor diesem Hintergrund sprach sich die EU-Aussenbeauftragte Kaja Kallas, die weniger als Diplomatin, sondern vielmehr als Russlandhasserin in Erscheinung trat, dafür aus, dass die Ukraine mit westlichen Waffen Ziele in Russland angreifen kann. Der Tageszeitung «Die Welt» sagte Kallas, militärische Ziele auf russischem Gebiet, selbst wenn sie sich hunderte Kilometer hinter der Front befinden, seien legitime Ziele.

Selbst der frühere US-Präsident Joseph «Joe» Biden, der sonst ein bedingungsloser Unterstützer Kiews war, erlaubte der Ukraine nicht, mit US-Waffen Ziele in Russland anzugreifen. Und das aus gutem Grund: Wenn westliche Waffen Ziele in Russland treffen, bedeutete das eine gefährliche Eskalation des Ukrainekrieges. Wenn sich nun Kallas dafür ausspricht, dass die Ukraine Ziele in Russland angreift, dann nimmt sie damit auch billigend in Kauf, dass die EU zum Ziel möglicher russischer Gegenangriffe wird.

Scharfe Kritik an den Aussagen von Kallas übt Harald Vilimsky. Der freiheitliche Delegationsleiter im Europaparlament kritisierte, dass gerade jetzt, wo sich insbesondere US-Präsident Donald Trump darum bemüht, beide Seiten endlich an den Verhandlungstisch zu bringen, die EU immer weiter Öl ins Feuer giesse: Bisher ging es um Waffenlieferungen und finanzielle Unterstützung – nun werden diese Waffen sogar aktiv zum Einsatz gegen Russland empfohlen. Dieser Schritt ist nicht nur unverantwortlich, sondern ausserdem brandgefährlich und in höchstem Masse abzulehnen.

Klar ist für Vilimsky:

**«Kaja Kallas handelt unverantwortlich, leichtfertig und gefährlich. Sie ist rücktrittsreif. Diese Frau hätte diesen Posten niemals erhalten dürfen und müsste ihn am besten sofort niederlegen. Kallas stellt nicht nur ein massives Sicherheitsrisiko für die Europäische Union dar, sondern auch für alle direkt oder indirekt in diesem Konflikt Betroffenen.»**

Dieser Beitrag erschien auf ZURZEIT unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION  
Quelle: <https://www.unser-mitteleuropa.com/175298>

## Geht die Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie nicht doch eher von Links-Grün aus?

Claudia56/29.08.2025, 17:31

### Denn sie wollen ja ein anderes Deutschland.

Wie konnte das passieren, dass heute alles was nicht Links der Mitte ist, als undemokratisch und damit als Gefahr für die Demokratie angesehen wird? Wir haben es zugelassen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten uns nur noch eine Richtung als demokratisch, oder wie man das heute ausdrückt als Werte basierte Politik, einredet.

Alle andere Politik gilt damit als unmoralisch, und als rechtsradikal. Auch konservative Politik muss sich immer wieder dem Zeitgeist, der die ÖRR bestimmen, unterwerfen. Die Union hat sich ohne Not in eine Zwangslage gebracht, in dem sie sich heute nur noch im linken Lager einen Koalitionspartner suchen kann. Ist das dass was die Bürger in Deutschland wollen? Nein! Definitiv nicht! Die Wähler wählen immer weiter rechts-konservativ und bekommen trotzdem immer wieder linke Politik. Demokratisch ist das nicht. Demokratie heisst doch «Herrschaft des Volkes» die Wähler wählen ihre Volksvertreter, die dann Politik in dem Sinne der Wähler machen sollen.

Was aber findet heute statt? Man wählt seine Volksvertreter, die Politik in unserem Sinne machen sollen, was sie ja auch vor der Wahl genauso versprechen. Bekommt dann aber Politiker, die sich nicht mehr daran erinnern wollen, was sie versprochen haben. Und dann bekommt man die Politik, die man nicht haben wollte. Umfragen ergeben immer das Gleiche. Wählerwille der Mehrheit und Politik sind nicht auf gleicher Wellenlänge.

Hier haben wir schon keine Demokratie mehr. Links-Grün will uns umerziehen. Nehmen wir mal die SPD, bei jeder Befragung, wie sie denn wieder zu mehr Wählerstimmen kommen könnten, kommt immer die Antwort, «wir müssen die Wähler von unserer Politik überzeugen».

Also nicht sie wollen Politik für die Wähler machen, sondern die Wähler sollen einfach ihre Politik gut finden, dann ist alles gut. Das ist aber nicht das was die Wähler in Mehrheit wollen. Bei den Grünen ist es auch nicht anders. Hinter dem Begriff Links-Grün sind also SPD, Grüne und Linke vereint und von den ÖRR unterstützt. Denn sie wollen ein anderes Deutschland.

Die Grünen haben das ja auch gleich 2015 mitten in der Migrationskrise so ausgedrückt: «Jetzt bekommen wir endlich ein besseres Deutschland.»

Damals habe ich das nicht verstanden, was sie damit ausdrücken wollten, denn ich fand unser Deutschland immer gut so wie es ist, bzw. damals war, ein freiheitliches Land, mit einer sozialen Komponente die uns in Notlagen nicht ins Bodenlose fallen lässt.

Das war aber den Links-Grünen nicht genug, sie wollten einen Wohlfahrtstaat. Am liebsten wollten sie ein bedingungsloses Grundeinkommen. Zumindest gab es darüber viele Diskussionen, z.B. wie und wer das finanzieren soll.

Aber sie wollten ja noch mehr, sie wollten viele Migranten, damit die Mehrheitsgesellschaft, die sie aus welchen Gründen auch immer, hassten, nichts mehr zu Sagen hat. Auch dass das in der Folge immer mehr Chaos in Deutschland mache, war ihnen wohl recht, denn sie wollen ja den Umsturz unseres System.

Chaos ist da immer ein guter Vorbereiter. Dass dabei auch bis heute viele Menschen starben, nimmt man dann halt in Kauf. Das nennt sich dann Kollateralschaden. Am Besten ist es, wenn man solche Meldungen gar nicht mehr bekannt macht, oder alles schönredet.

Die Links-Grünen wollen also ein ganz anderes Deutschland und die öffentlichen Rechtlichen auch. Das ist ihr Auftrag. Deshalb muss auch jede Meldung in, für ihren Auftrag wichtig oder für ihren Auftrag schlecht, unterschieden werden. Wir bekommen deshalb auch nur noch das gezeigt, was den Auftrag von einem neuen Deutschland unterstützt.

«Das Experiment des Sozialismus auf deutschem Boden bewahren.»

Das Schlimme ist dass auch die Union mittlerweile kein Garant mehr ist, die konservative Politik durchzusetzen und damit den Umsturz zu einem sozialistischen System zu verhindern. Schon Merkel wurde für ihre Politik mehr von Links-Grün als von den eigenen Reihen geliebt.

Wir bekommen von Links-Grün ununterbrochen erklärt, dass nur sie Werte haben die sie mit Haltung vertreten, dass nur sie allein wissen, wie ein gerechtes Land auszusehen hat, dass nur sie die Demokratie verteidigen, dass nur ihre Sicht wie eine Demokratie aussehen soll richtig ist.

Und sie meinen damit aber nicht eine freiheitliche Demokratie sondern eine geführte Demokratie, denn die Menschen müssen ja genau das machen was sie die Links-Grünen für richtig finden.

Die Maske fällt.

Im Moment zeigen sie immer mehr was sie eigentlich wollen.

Sie wollen das Ende des Staates wie wir ihn noch kennen. Sie wollen jetzt sogar eine neue Fahne und eine neue Nationalhymne. Am liebsten die Regenbogenfahne und das Kinderlied von Berthold Brecht.

«Das Lied drückt eine Liebe zum Land aus, die aus der Bereitschaft entsteht, es zu verbessern, und ist damit eine sehr rationale und sehr kritische Begründung nationaler Bindung.»

«Vaterlandsliebe» würde durch einen ausschliesslich rationalen, emotionsfreien «Verfassungspatriotismus» ersetzt, versehen mit dem Auftrag von oben, Deutschland permanent gerechter, friedliebender, ökologischer etc. zu machen.

Es wäre das Ende unseres freiheitlichen Landes.

Da frag ich mich jetzt, wer ist denn jetzt dabei unsere Demokratie zu gefährden? Die Links-Grünen mit ihren willfährigen Medienfuzzys oder die AfD, die unser Land so bewahren möchte, wie es war.

Ich möchte auf keinen Fall in einem sozialistischen Deutschland leben.

Quelle: <https://www.fischundfleisch.com/claudia56/geht-die-gefahr-fuer-unsere-freiheitliche-demokratie-nicht-doch-eher-von-links-gruen-aus-90312>

## Europa: Ein Kontinent in geistiger Umnachtung!

Von Redaktion, Aug. 31, 2025



Bild: shutterstock

**Im September jährt sich die ungesetzliche Grenzöffnung für syrische Flüchtlinge zum zehnten Male, die nichts anderes als eine Kriegserklärung der verbrecherischen Globalisten an die europäischen Völker war. Irgendwann wird man diesen Irrsinn mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vergleichen.**

Von FRANZ FERDINAND | Die Hintergründe waren die kriminellen, völkerrechtswidrigen Angriffskriege dieser globalistischen Banditen unter der Führung der USA gegen den Irak, Afghanistan, Libyen und last but not least Syrien.

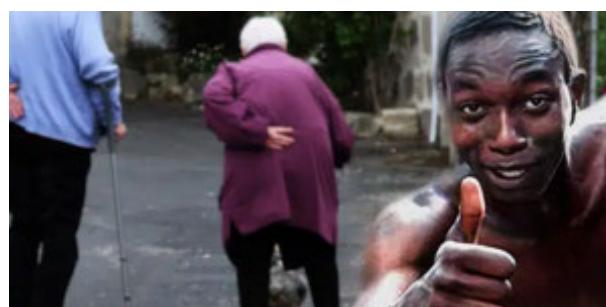
Diese verbrecherischen Kriege hatten Millionen Menschen aus ihrer angestammten Heimat vertrieben und diese befanden sich nun in Flüchtlingslagern. Letzter Auslöser für den Beginn der Fluchtbewegung der syrischen Flüchtlinge war das Fehlen von etwa 65 Millionen Euro für deren Ernährung in den Flüchtlingslagern! Der weitere entscheidende Pull-Faktor war die berühmt, berüchtigte Aussage Merkels: «Wir schaffen das», womit sich diese Verbrecherin über die bestehende Rechtslage einfach hinwegsetzte und die Flüchtlinge buchstäblich aufforderte, nach Deutschland zu kommen, in ein Land, wo für die Flüchtlinge Milch und Honig fliessen sollte.



Die Flüchtlinge kamen zuerst zu Fuss nach Budapest und von dort mit dem Zug nach Österreich und Deutschland. Der damalige österreichische Bundeskanzler Werner Faymann fungierte dabei als williger Handlanger Merkels. Aussage Merkels über Faymann: «Wenn er zu mir kommt, hat er keine Meinung, wenn er von mir geht hat er meine Meinung!»

Dieser Irrsinn wäre ohne die Komplizenschaft der Massenmedien nicht möglich gewesen. Ein trauriges Ereignis, dass mithalf den Damm zu brechen war das Auffinden von 71 Flüchtlingsleichen in einem abgestellten Kühl-LKW am 27. August 2015 bei Parndorf im österreichischen Burgenland. Diese Geschichte wurde sogar in den letzten Tagen in der Systempresse wieder rauf und runter gespielt, um den ganzen Wahnsinn noch einmal im Nachhinein zu rechtfertigen. Der Medienrummel um diese Flüchtlinge war beispiellos. Das Perfide an dieser Medienkampagne war, dass durchaus an positive Eigenschaften von Menschen appelliert wurde, nämlich Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe. Bei älteren, kinderlosen Damen wurden Mutterinstinkte mobilisiert.

Was die «Refugee-Welcome-Jubler» allerdings übersahen war, dass sie den Untergang Europas herbei jubelten. So etwas ist nur bei völlig wohlstandsverwahrlosten Menschen möglich, die kein Verständnis für die Basis ihrer eigenen Existenz haben. Immer wieder hörte man den Satz vor allem von Jugendlichen, die in ihrem Leben noch nie gearbeitet hatten: «Geld ist doch kein Problem, Geld ist doch genug vorhanden!». Diese Dummköpfe hatte in ihrem Leben offenbar nicht den Unterschied zwischen Soll und Haben verstanden. Beides ist ja «Geld!» In der Zwischenzeit leidet ganz Europa unter ständig steigender Staatsverschuldung, ständig steigenden Steuern und Abgaben und folglich Abwanderung von Unternehmen und Deindustrialisierung. Klimaschwindel, Migrantenvahn und der Krieg mit Russland um den postsowjetischen Raum sind die Ursachen für den Abwärtsstrudel, in dem sich Europa heute befindet!



Die Zukunft in guten Händen: Rentner werden durch importierte Fachkräfte ersetzt.

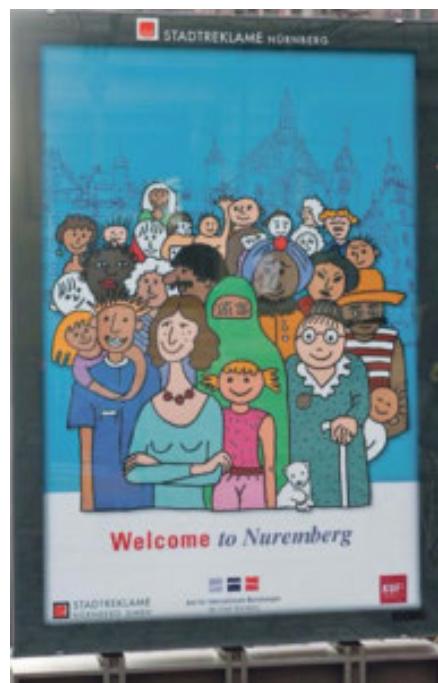
Man erinnere sich, wie viel Unsinn die Lügenpresse uns über die Nützlichkeit der Flüchtlinge erzählt hatte: Die jungen, meist männlichen Flüchtlinge werden unser alterndes Europa verjüngen und die Pensionen der Babyboomer bezahlen! Es seien allesamt dringend benötigte «Fachkräfte».

Auch Sebastian Kurz, der ach so beliebte ÖVP-Politiker und Bundeskanzler erklärte einmal, dass Flüchtlinge besser ausgebildet seien, als der Durchschnittsösterreicher!

In der Zwischenzeit lässt sich nicht mehr leugnen, dass die Migration das Ende unseres Sozialstaates einläutete: Es gibt in Europa bereits viele Studien, die allerdings von der Lügenpresse verschwiegen werden, über die wahren Kosten der Migration von Menschen aus kulturfremden Weltgegenden (z.B.: Long Term Fiscal Impact of Immigrants in the Netherlands, Differentiated by Motive, Source Region and Generation, Institute of Labor Economics).

#### Beispiele:

- Durchschnittliche Kosten eines Migranten aus Afrika betragen über dessen gesamte Lebenszeit 625'000 Euro! Die entsprechenden Kosten für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten machen 475'000 Euro aus.
- Diese Kosten sind, wie wir in der Zwischenzeit wissen, sehr plausibel. Sogar österreichische Mainstream-Medien berichten in der Zwischenzeit von vielen Migranten, die sich einfach weigern, die deutsche Sprache zu erlernen um so für den Arbeitsmarkt unbrauchbar zu sein. Diese Menschen müssen einfach lebenslänglich alimentiert werden!



In Nürnberg ist man stolz auf das Ergebnis der Umvolkung:  
besonders die Dame im modischen grünen Outfit (Bild Mitte) lässt Hoffnung für die Zukunft aufkommen.

#### «Eurasisch-negroide Zukunftsrasse»

Ziel der Globalisten war und ist die Umvolkung Europas. Merkel bekam deshalb nicht umsonst den «Coudenhove-Kalergi-Preis» für Ihre Verbrechen.

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergie prophezeite punktgenau das Entstehen einer negroiden Mischrasse. Als Beweis sei ein Zitat aus seinem Werk «Praktischer Idealismus auf Seite 23» erwähnt:

«Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äusserlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.»“

Eine derartige «eurasisch-negroide Zukunftsrasse» hat keine gemeinsame Basis. Völker, als historische Entitäten sollen überwunden werden. Es soll ein babylonisches Sprachengewirr und eine Vielzahl von inkompatiblen Wertvorstellungen nebeneinander entstehen. Eine derartige Völker-Mischkulanz ist daher nach dem Prinzip «teile und herrsche» besonders leicht zu tyrannisieren und zu beherrschen.

Dies sind die «Werte» «Freiheit», «Demokratie» und «Menschenrechte» nach dem Geschmack der Menschheitsverbrecher!

Quelle: <https://www.unser-mitteleuropa.com/175248>

## Ukraine-Krieg: Was will eigentlich die Bevölkerung der Krim?

Hwludwig, Veröffentlicht am 27. August 2025

«2014 trennte sich die Halbinsel Krim in einem Referendum von der Ukraine und trat Russland bei. Die Bevölkerung der Krim konnte nach einem Jahrzehntelangen Kampf um Unabhängigkeit ihren Willen geltend machen, zu Russland zu gehören. (135 Wahlbeobachter aus 23 Ländern bestätigten den korrekten Ablauf der Stimmabgaben und der Stimmabzählung. Seither wird Russland von der NATO als aggressiver Okkupator gebrandmarkt, und die ukrainische Armee versuchte ab 2022, die Krim gewaltsam zu erobern.)» Wir übernehmen einen uns von Thomas Mayer, Autor des Buches «Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg», freundlich zugesandten Artikel.



Über 95% Zustimmung bei Krim-Referendum 16.3.2014 (tagesspiegel.de)  
von Enno Schmidt

Die EU geht den Weg in eine Kriegswirtschaft. Russland ist der Gegner. Zahlen sollen es die Bürgerinnen und Bürger. In einer Demokratie sollte das ihre Entscheidung sein. Dafür müssen sie wahrheitsgemäß informiert werden. Deshalb hat Thomas Mayer sich auf die «Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg» gemacht. In einem Kapitel seines Buches geht es um die Krim. Was dabei zutage tritt, könnte schockieren; zumindest erstaunen. Dieses Kapitel aus der Hörbuch-Fassung, gesprochen von Enno Schmidt, ist gratis online. Mit der Loslösung der Krim aus der Ukraine im März 2014 begann der Bürgerkrieg in der Ostukraine, der im Februar 2022 zum Ukraine-Krieg eskalierte. Das Ziel der Kiewer Regierung, die Krim und die Donbass-Regionen zu erobern und wieder in die Ukraine einzugliedern, liess keinen Frieden zu und steht ihm auch jetzt im Wege. Putin, so heisst es, dürfe für seine Aggression nicht auch noch mit Landgewinnen belohnt werden.

Doch was will eigentlich die Bevölkerung der Krim? Um diese zentrale Frage geht es in dem Hörbuch-Kapitel des Buches «Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg», das die Geschichte der Krim schildert.

Noch zu Sowjetzeiten, im Januar 1991, fand auf der Krim eine Volksabstimmung statt, bei der 93 Prozent der Abstimmenden sich dafür aussprachen, dass die Krim unabhängig von der Ukraine sein solle und als «autonome Republik Krim» an der neuen Union teilnimmt, die vom Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, geplant war. Das zeigt eine deutliche Absage der Krim-Bevölkerung an die Ukraine und ein deutliches Plädoyer für die Union mit Russland.

Doch Kiew ignorierte das Ergebnis und verweigerte der Krim das Recht auf Selbstbestimmung. Am 1. Dezember 1991 fand in der gesamten Ukraine ein Referendum statt, indem 92,3 Prozent der Ukrainer für die Unabhängigkeit der Ukraine von der Sowjetunion votierten. Damit gründete sich die Ukraine als eigenständiger Staat. Die Sowjetunion zerfiel. Im Referendumsgesetz war aber vorgesehen, dass die Krim, die den Status eines autonomen Gebietes innerhalb der Ukraine hatte, unabhängig von der Gesamtukraine über ihre Zukunft entscheiden kann, ob also die Krim als eigenständige Republik der Union mit Russland beitreten oder weiter zur Ukraine gehören soll. Doch dieses gesetzliche Recht wurden der Krim verwehrt und so die Krim von der Ukraine vereinnahmt.

Im Mai 1992 erklärte das Krim-Parlament erneut die Krim für unabhängig von der Ukraine und kündigte ein neues Unabhängigkeitsreferendum an. Dieses wurde aber auf Druck von Kiew und aufgrund weitreichender Zugeständnisse Kiews an die Krim ausgesetzt. Doch 1994 griff die Mehrheitspartei «der russische Block» im Krim-Parlament unter dem Krim-Präsidenten Juri Meschkow das Vorhaben wieder auf. Am 27. April 1994 stimmten 78,4 Prozent der Krimbewohner erneut für die Unabhängigkeit der Krim von der Ukraine. Kiew erklärte die Abstimmung für illegal, entzog der Krim ihre Sonderrechte, annulierte die Verfassung der Krim und entzog den Krim-Präsidenten unter Einsatz von militärischen Spezialeinheiten seines Amtes. Man kann es einen Militärputsch nennen.

Diese unstrittigen Fakten zeigen, wie die Bevölkerung der Krim bei dem Versuch zur Neubildung der Sowjetunion unter Gorbatschow und im Zuge der Auflösung der Sowjetunion entschieden dafür eintraten, unab-

hängig von der Ukraine zu werden und in einer Union mit Russland zu bleiben. Zur Ukraine gehörte die Krim ohnehin erst seit 1954. Der damalige Präsident der UdSSR, Nikita Chruschtschow, hatte sie willkürlich an die Ukrainische Sowjetrepublik verschenkt. Vorher, seit 1774, gehörte sie zu Russland.

Dass die Volksabstimmung auf der Krim im März 2014, bei der 97,5 Prozent der Abstimmenden sich für den Beitritt der Krim zu Russland entschieden, ein «Scheinreferendum» gewesen sei, wie es uns gesagt wurde, ist in Kenntnis der Vorgeschichte eine hältlose Behauptung. 135 Wahlbeobachter aus 23 Ländern bestätigten den korrekten Ablauf der Stimmabgaben und der Stimmauszählung. Spätere Umfragen von westlichen Meinungsforschungs-Instituten auf der Krim bestätigten das Abstimmungsergebnis.

Und was geschähe, würde die Krim von der Ukraine zurückerobert? Der Chef des ukrainischen Militärgeheimdienstes betonte in einem Interview, dass die Krimbewohner nicht nur Illoyale seien, sondern Menschen mit veränderter Psyche, deren gerechte Bestrafung bei einigen nur die physische Auslöschung sein könne. Eine Bestrafung der «Kollaborateure» kündigte auch der Chef des ukrainischen Sicherheitsrates in seinem 12-Punkte-Plan zur De-Okkupation der Krim an. Entrechtung, Vertreibung oder physische Auslöschung erwarten die Krim-Bevölkerung, wenn die Ukraine die Krim zurückerhält. Für die Krimbevölkerung wäre es eine Katastrophe. In den westlichen Medien wird aber so getan, als würde die Krimbevölkerung dadurch aus russischer Zwangsbeherrschung befreit. Die Wahrheit wird dabei um 180 Grad verdreht.

Thomas Mayer geht in seinem Buch auch auf das Völkerrecht ein. Das legitimiert eine solche Sezession der Krim von der Ukraine und den Beitritt zu Russland ausdrücklich. Das gleiche gilt für die Donbass-Regionen. Waffen und Geld für die Ukraine ermöglichen den Krieg gegen die Selbstbestimmung der Völker. Wenn die Krim russisch bleibt, ist das keine Gefälligkeit gegenüber Putin, sondern die Anerkennung des Willens der dortigen Bevölkerung.

**Sie können das Gratis-Hörbuchkapitel «Krim – Jahrzehntlanger Kampf um Unabhängigkeit hier anhören:**

Youtube: <https://kurzlinks.de/on9b>

Spotify: <https://kurzlinks.de/ug1v>

Audible: <https://kurzlinks.de/f5f6>

Apple Podcasts: <https://kurzlinks.de/35ui>

Podbean: <https://kurzlinks.de/wccv>

Das gesamte Hörbuch von Thomas Mayer „Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg – Um was es wirklich geht“ dauert über 20 Stunden und kostet 22,95 Euro. Es ist in allen üblichen Hörbuchportalen erhältlich. Bei artus audio bekommt man das Buch für 10,- Euro mit dem Gutscheincode „WIUK2025“. Man muss einfach an der Kasse den Gutscheincode eingeben. Hier geht es zum Webshop: <http://www.artus-kreativschmiede.ch/shop>

Weitere Infos zum Hörbuch: [www.thomasmayer.org/hoerbuch-ukraine-krieg](http://www.thomasmayer.org/hoerbuch-ukraine-krieg)

Die gedruckte Version des Buches mit 600 Seiten findet man mit der ISBN 978-3-89060-863-1, das E-Book mit der ISBN 978-3-89060-483-1

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2025/08/27/ukraine-krieg-was-will-eigentlich-die-bevoelkerung-der-krim/>



## **Wichtige Pressekonferenz der NEIN-Kampagne zum E-ID-Gesetz**

uncut-news.ch, August 31, 2025

Das Video zeigt die Pressekonferenz der NEIN-Kampagne zum E-ID-Gesetz, die am 28. September zur Abstimmung kommt. Vertreterinnen und Vertreter der Bewegung «Digitale Integrität», der Freunde der Verfassung, der EDU und der jungen SVP legen dar, warum sie die elektronische Identität für unnötig, unsicher und gefährlich für Freiheit und Demokratie halten. Was zunächst wie ein technisches Detail wirkt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Grundsatzfrage: Soll die Schweiz ihre Bürger in eine digitale Infrastruktur zwingen, die faktisch Überwachung, Abhängigkeit von Konzernen und den Verlust des «Rechts auf ein Offline-Leben» bedeutet.



### Warum die E-ID ein Angriff auf Freiheit und Demokratie ist

Das neue E-ID-Gesetz wird von seinen Befürwortern als praktisches Digitalisierungsprojekt verkauft – doch hinter der Hochglanzrhetorik verbirgt sich ein gefährlicher Angriff auf Privatsphäre, Freiheit und Demokratie.

#### Eine Identität, die keiner braucht

Die Realität ist einfach: Im Alltag benötigen wir unsere Identitätskarte nur selten – beim Grenzübertritt, beim Eröffnen eines Bankkontos oder beim Handyabo alle paar Jahre. Für Behördengänge existieren längst funktionierende digitale Logins wie AGOV. Niemand braucht dafür eine zentrale staatliche E-ID. Sie schafft keinen echten Mehrwert, sondern eine zusätzliche Abhängigkeit.

#### Das Einfallstor für BigTech

Das Gesetz erlaubt die kommerzielle Nutzung von Passdaten – ein Novum in der Schweiz. Damit würden unsere sensibelsten Daten, bislang nur in Ausnahmefällen offengelegt, plötzlich für Konzerne und insbesondere BigTech zugänglich. So entsteht das Fundament für eine umfassende Überwachungsökonomie: Social-Media-Plattformen, Google oder TikTok könnten verifizierte Identitäten mit bestehenden psychologischen Profilen verknüpfen. Das Resultat: Das Ende der Anonymität im Netz und ein Freipass für Manipulation – politisch wie wirtschaftlich.

#### Scheinfreiwilligkeit statt echter Wahl

Befürworter reden von Freiwilligkeit. Doch die Realität ist eine andere: Wer sich weigert, die E-ID zu benutzen, muss mit Gebühren, Umtrieben und Nachteilen rechnen. Private Unternehmen können ihre Dienste an die E-ID knüpfen. So entsteht ein schleichernder Zwang – genau wie bei Cookie-Bannern, die niemand freiwillig akzeptiert, sondern einfach wegklickt, um den Dienst nutzen zu können. Von echter Freiheit kann keine Rede sein.

#### Sicherheitsrisiko statt Fortschritt

Zentral gespeicherte Passdaten sind ein Magnet für Hackerangriffe. Schon heute scheitert der Staat regelmäßig an IT-Projekten – Kostenüberschreitungen, Sicherheitslücken und Pannen sind die Regel. Wer glaubt, die E-ID werde sicherer sein, verschliesst die Augen vor der Realität. Dazu kommt: Mit einer eindeutigen digitalen Kennung wird jeder Schritt im Netz nachvollziehbar – ein perfektes Werkzeug für Überwachung, sei es durch Konzerne oder den Staat.

#### Der Weg in Richtung Social Credit

Die Gegner warnen zu Recht: Die E-ID ist der Schlüssel zu Sozialkreditsystemen nach chinesischem Vorbild. Heute noch freiwillig, morgen schon Voraussetzung für Steuererklärungen, Mietverträge oder soziale Medien. Schritt für Schritt würden Bürgerinnen und Bürger in eine Infrastruktur gezwungen, die nicht mehr der Freiheit dient, sondern Kontrolle und Steuerung.

#### Demokratiepolitisch brandgefährlich

Besondersbrisant: Das Volk hat die E-ID bereits 2021 mit 64% abgelehnt. Dass das Gesetz nur wenige Jahre später in neuer Verpackung erneut an die Urne kommt, zeigt eine Missachtung des Volkswillens. Statt die Bedenken ernst zu nehmen, versucht die Politik, den Widerstand mit kosmetischen Korrekturen zu unterlaufen.

### Fazit

Die E-ID ist unnötig, unsicher und undemokratisch. Sie öffnet Tür und Tor für Überwachung, Datenmissbrauch und sozialen Druck. Der wahre Fortschritt wäre eine Digitalisierung, die den Bürgern dient – freiwillig, dezentral und ohne Zwang. Am 28. September geht es nicht nur um ein technisches Gesetz, sondern um eine Grundsatzfrage: Wollen wir ein Recht auf ein Offline-Leben behalten – oder uns zum gläsernen Bürger machen lassen?

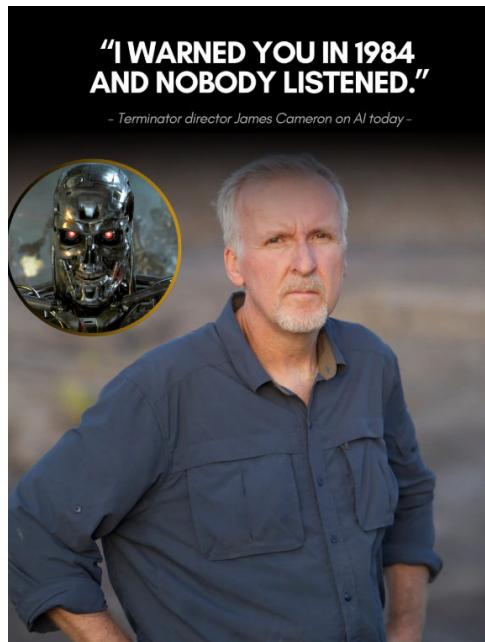


**Mehr Informationen: <https://e-id-gesetz-nein.ch/>  
Darum sagen wir NEIN zur E-ID**

Quelle: <https://uncutnews.ch/wichtige-pressekonferenz-der-nein-kampagne-zum-e-id-gesetz/>

## «1984 habe ich euch gewarnt, aber keiner hat zugehört»

- Terminator-Regisseur James Cameron über die Künstliche Intelligenz heute -  
[hashem.alghaili](http://hashem.alghaili)



James Cameron sagt, die heutige militärische KI spiegelt die dystopische Zukunft wider, die er sich in 'The Terminator' vorgestellt "

Autonome Drohnen. Massenentnahme personenbezogener Daten. Und fast keine Vorschriften. Mehr als vier Jahrzehnte nachdem 'The Terminator' zum ersten Mal in die Kinos kam, schlägt Regisseur James Cameron erneut Alarm – diesmal nicht als Filmemacher, sondern als besorgter Weltbürger. In einem kürzlich veröffentlichten Interview mit CTV News warnte Cameron davor, dass die sehr KI-getriebene Militärtechnik, die er sich in seinem Klassiker von 1984 vorgestellt hatte, gefährlich realitätsnah ist. Seine Bedenken stimmen mit einem Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2023 überein, in dem er den Aufstieg tödlicher autonomer Waffensysteme (LAWS) in mindestens neun Ländern entwickelt hat.

Da KI-gestützte Drohnen bereits in Konfliktzonen ohne direkte menschliche Kontrolle operiert haben, sieht Cameron das internationale Versagen, solche Technologie zu regulieren, als Rezept für eine Katastrophe. «Wir könnten die Werkzeuge unserer eigenen Zerstörung bauen», sagte er.

Während Cameron nach wie vor zutiefst besorgt über das Potenzial der KI, die globale Sicherheit zu destabilisieren, ist er mehr vorsichtiger als ängstlich um ihren Platz in der kreativen Welt. In der Filmbranche werden KI-Tools zunehmend für Schnitt, visuelle Effekte und Szenenplanung eingesetzt, aber Cameron besteht darauf, dass Geschichtenerzählen immer noch eine menschliche Berühring erfordern.

«Es kann die Struktur replizieren, aber nicht die Seele», sagte er und fügte hinzu, dass noch keine Maschine die emotionale Tiefe und Intuition eines geschickten Drehbuchautors mithalten Bis eine KI einen Oscar für das beste Drehbuch gewinnt, packt er, er macht sich keine Sorgen, in Hollywood ersetzt zu werden – aber auf dem Schlachtfeld ist seine Sorge viel dringender.

Quelle/CTV News, August 2025

### **Original in Englisch/hashem.alghaili**

James Cameron says today's military AI mirror the dystopian future he imagined in 'The Terminator.' Autonomous drones. Mass harvesting of personal data. And almost no regulations. More than four decades after The Terminator first hit theaters, director James Cameron is once again sounding the alarm—this time, not as a filmmaker, but as a concerned global citizen. In a recent interview with CTV News, Cameron warned that the very AI-driven military technology he imagined in his 1984 classic is edging dangerously close to reality. His concerns align with a 2023 United Nations report citing the rise of lethal autonomous weapon systems (LAWS) being developed in at least nine countries.

With AI-powered drones already having operated in conflict zones without direct human control, Cameron sees the international failure to regulate such technology as a recipe for disaster. “We could be building the tools of our own destruction,” he said.

While Cameron remains deeply worried about AI's potential to destabilize global security, he's more cautious than fearful about its place in the creative world. In the film industry, AI tools are increasingly used for editing, visual effects, and scene planning, but Cameron insists that storytelling still demands a human touch.

“It can replicate the structure, but not the soul,” he said, adding that no machine can yet match the emotional depth and intuition of a skilled screenwriter. Until an AI wins an Oscar for Best Screenplay, he quips, he's not worried about being replaced in Hollywood—but on the battlefield, his concern is far more urgent. source CTV News, Aug 2025

Quelle: <https://www.instagram.com/hashem.alghaili/>

### **G'schichtn aus'm Nachbargartn – Folge 23**

Beitragsautor: Von Uwe Froschauer/Beitragstdatum: August 26, 2025



#### **Abwegiges – Schwurbeleien – Unsinn**

Er sagte der Welt, wir würden nichts besitzen und glücklich sein. George Christensen formuliert dazu nun genüsslich: «Jetzt hat er nichts, und Sie können Ihren letzten Dollar darauf wetten, dass er nicht glücklich ist.»

Es ist also offiziell: BlackRock übernimmt in Gestalt seines CEO Larry Fink das WEF. «Goldfinger» Schwab ist aus dem Script gestrichen. Nun ist es unverstellt die für jeden sichtbar gewordene Schaltzentrale einer technokratisch-globalistischen Agenda im Dienst der Superreichen, die es sowieso schon immer war.

Die Kontinuität bleibt ebenso gewahrt. Die Kernkompetenzen für ausnahmslos alle Führungspositionen sind Blenden und Täuschen. Und da herrscht noch lange kein Mangel. «Wea ko, dea ko ...»

**Ob's bald eine neue, modifizierte Ansage gibt? «Du wirst nichts besitzen, aber BlackRock alles?»**

Natürlich ist das Thema «Great Reset» noch lange nicht durch. Schon mit dem Startschuss Corona schwurbelten Klaus Schwab und sein Kumpel Thierry Malleret 2020 in ihrem Bestseller «COVID-19: The Great Reset» frank und frei: «Wenn wir uns in der Zeit nach der Pandemie dazu entschliessen, unser Leben genauso wie zuvor fortzusetzen (mit denselben Autos zu fahren, zu denselben Reisezielen zu fliegen, dasselbe zu essen, unsere Häuser auf dieselbe Weise zu heizen usw.), wird die COVID-19-Krise in Bezug auf die Klimapolitik umsonst gewesen sein.»

Die beiden Nimmermüden Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam packen das in die Worte: «Schwachmäten, überbieten sich gegenseitig an Inkompetenz, Dummheit, Arroganz und Frechheit. Keine Peinlichkeiten, Lügen oder Angstgeschichten, um das Volk zu sedieren und es zu manipulieren, sind ihnen zu skrupellos, um sie ohne Schamgefühl zu propagieren.»

Die allumfassende Infantilisierung von ganz unten bis ganz oben wird am deutlichsten bemerkbar in der blinden Zerstörungswut vom «Riesen-Baby Sam» («Uncle» war gestern). Egal wo, wann und gegen wen auch immer. Das Verhalten des «Imperiuns der Lügen» ist von dem eines Kleinkinds bei einem Tobsuchtsanfall nicht zu unterscheiden. Konstruktiv was Sinnvolles aufzubauen liegt auf diesem geistig-mentalem Niveau auch weit ausserhalb des Vorstellbaren.

In Zukunft gibt's statt Herzschrittmacher eben Gleichschrittmacher. Da wird das Herzerl g'sund, beim langen Marsch gen Feindesland. Bis es im Geschossenagel der feindlichen Dronenschwärme zuerst in die Hose rutscht und es dann mit seinem fleischlichen Drumherum pulverisiert wird.

**Das ist halt Möven-Politik: Oben über allem schweben und auf die da unten scheissen.**

In unseren Medien kann man vernehmen, dass Putin fast alles in Alaska bekommen hat, was er wollte. Nun ja, wenn man alle Trümpfe in der Hand hat, wäre das jetzt nicht wirklich überraschend. Die Karten liegen auf dem Tisch und Putin hat mindestens einen Street Flash. Trump kann da mit seinem 7er-Pärchen wenig dagegenhalten.

Doch die EU-Kläffer haben gar nichts, ausser die Hosen gestrichen voll, und manteln sich auf, wie eine von Tollwut befallene blöde Gans. Dabei übersehen sie geflissentlich, dass der böse, böse Putler das Wichtigste, nämlich Alaska selbst, sich derzeit noch nicht einverleibt hat.

Dieser durchtriebene Stellvertreter Luzifers wartet wohl eiskalt und gnadenlos ab, bis das «„Imperium der Lügen» endgültig zusammenkracht, um die früheren russischen Gebiete wie eine reife Frucht einfach einsammeln zu können. «Hintafotziga geht's nimma, oda?»

**«Wos? Des is ois eastunkn und ealogn? A recht a Schmarrn. Ja mai, a wuascht.»**

Putin sagte über das Treffen in Alaska am Ende, es markiere den Übergang von Konfrontation und Drohungen zum Dialog. Nur dank dieser Aussicht sei das Treffen lohnenswert gewesen.

Dagegen sind die Europäer mit dem Bild eines aufgescheuchten Hühnerhaufens inzwischen nicht mehr zutreffend zu beschreiben. Das erinnert mehr an den Superdicken im Monty-Python-Film «Der Sinn des Lebens» kurz vor dem Verzehr einer letzten winzigen Süßigkeit.

Irgendwo geistert da auch noch dieser Untote Selensky rum. Dieser Kobold mit dem blass-grünen Teint wird dem Tullius Destructivus auch immer ähnlicher. Finden Sie nicht?

Pepe Escobar bringt das Alaska-Date, wie so oft, begrifflich auf den Punkt: «Trump versucht lediglich, Lippenstift auf ein Schwein zu schmieren – um daraus eine «Ausstiegsstrategie» für den Tiefen Staat zu basteln, der sich bereits auf den nächsten «ewigen Krieg» vorbereitet.»

**Die Logik ist bekanntlich der Feind der Propaganda.**

Aber jetzt mal ganz unter uns: Wer zieht sich eigentlich noch irgendwas, das unter dem Label Politik läuft, rein? Wie weit muss man da schon in der Zombiefizierung stecken? Langweiliger, unbedeutender und nervtötender kann doch nichts sonst mehr sein.

Wenn der deutsche Michel etwas ganz Wesentliches aus der Geschichte gelernt hat, ist es, wie man die Augen vor Unrecht verschliesst, wenn es opportun ist. «I hob nix gseng. I woas vo nix.»

Wie jetzt dieser Prof. Glenn Diesen das gemeint hat, ob beglückt oder eher angekotzt, soll hier offenbleiben (oder Sie recherchieren selbst...): «Nun, ich habe seit Hitler keinen deutschen Kanzler in dieser Weise sprechen hören, wie Merz es tut, wenn er über die Konfrontation mit Russland spricht. ... Wenn es jemanden gibt, der schlümmer war als er, würde ich gerne wissen, wer das war.»

Wir wissen doch, «die Guten™» und die Regierenden sind untrennbar verbunden im gemeinsamen Kampf gegen Rääächts. Das manifestiert sich in einem gewaltigen Treten nach unten, also nach rääächts. Das funktioniert wunderbar, weil ja Scheisse bekanntlich immer oben schwimmt.

**«Die Guten™ in «unserer Demokratie» stehen in solidarischer Einheit für Demokratie.  
Doch letzteres NICHT abkürzen!**

Indes, mindestens Eines muss man den Weltenlenkern lassen. Die Sache mit dem «tiefen Staat» ist weltweit und historisch wirklich einmalig. Dass eine Gruppe mächtiger Menschen so lange, so effektiv und so unerkannt aus dem Hintergrund die Weltgeschieke lenkt, ist beeindruckend.

Die grosse Mehrheit auch in den kritischen Kreisen argumentiert immer noch ohne die Einbeziehung des «tiefen Staates», der Kabale, den Herrschern über das (Fiat)Geld und damit auch über die Politik und die Medien. Sie arbeiten sich ab an Handpuppen, die nur und ausschliesslich das sagen und machen, was Ihnen von eben diesen immer noch im Dunklen bleibenden Strippenziehern erlaubt bzw. gewollt wird.

Für das «Imperium der Lügen» ist hingegen, lt. einer neuen RAND-Studie, die bisherige Überlegenheit in allen Domänen – Luft, Land, See, Weltraum und Cyber – nicht mehr gewährleistet. Aber im «mindwar» ist es immer noch herausragend und «im Felde noch lange nicht besiegt».

**«Die Realität entscheidet, ob sie anerkannt wird oder nicht» Paul Craig Roberts**

Nichtsdestotrotz versagt eine andere der exklusiven Spezialitäten des Wertlos-Westens zusehend als Exportprodukt. Man kann das bemerken am ständigen Scheitern der früher so erfolgreichen «Farb-Revolutionen». Ob in Afrika, Kambodscha/Thailand, Indien/Pakistan, ganz Zentralasien, Georgien, und sogar Armenien/Aserbeidschan, nirgends läuft es wie geplant und erhofft. Die Nummer scheint offensichtlich ausgelutscht.

Es wird zwar weiterhin überall gezündelt, wo es den Satanen aus den noblen Clubs nur möglich ist, aber die kleinen Flämmchen werden unter dem BRICS-Geist schnell wieder ausgetreten. Im westlich dominierten Informationsraum hört man ausschliesslich vom Ausbruch von Konflikten, nie von deren Beilegung. «Des miasat ja dene a langsam z'deppad wean. Nia klappt mea wos.»

Wenn überhaupt, erhält man eine Analyse nur über die Schatten in der Höhle, wie dies schon Platon veranschaulicht hat. Die wahre Welt jenseits der Höhle sehen die Meisten nicht.

So kann man auf keinen grünen Zweig kommen ... wobei das mit dem «grün» ausdrücklich NICHT politisch gemeint ist!

**Noch so eine Ticker-Meldung, bei der man sich sofort fragt: «Sagt mal, wollt ihr uns verarschen?»**

Der «Um-die-Ecken-Denker» Spahn, der betrügerische, lügnerische schmierige kleine knuffige Jensi, wie er von Delegitimierern verunglimpt wird, wird zitiert mit: «Jeder kann in Deutschland sagen, was er denkt. Das ist ein freies Land.» Eben. So wie damals in Uganda unter dem Menschenfreund Idi Amin. Die Älteren werden sich erinnern.

Der brachte den fast gleichen Spruch wie «Spahni»: «There is freedom of speech, but I cannot guarantee freedom after speech.» (Es gibt Redefreiheit, aber ich kann die Freiheit nach der Rede nicht garantieren). Das beinhaltet implizit ebenfalls den Zusatz «man muss dann halt auch mit den Konsequenzen leben». Was darauf hinauslief, dass das mit dem «leben» eher nicht mehr so lief. Sondern eben so, wie jedes Leben mit dem Tod endet. Nun, so weit sind wir noch lange nicht. Es gibt also noch viel zu tun Hierzulande. Auf! Auf! Ans Werk! Ihr Leut...

Der Begriff «Verhältnismässigkeit» spielte in vor-neu-normalen Zeiten eine der bestimmendsten Rollen. Inzwischen weiss kaum noch jemand, was damit eigentlich gemeint ist.

Manche versteigen sich gar zur Ansicht, wir lebten bereits in einem Gefängnis. Dessen Mauern würden bestehen aus pervertierten Gesetzen, verdrehten Wahrheiten und unkontrollierter Macht. Umgesetzt und exekutiert von Irren mit Napoleon-Komplex, die zum Wärter gemacht wurden. «So a Blädsinn! Mia ham do «Unsere Demokratie», oda ned?»

**Die entscheidende Frage lautet: «Was verbergen sie?» –  
und die Antwort ist ebenso einfach wie beunruhigend: «Sie verbergen alles.»**

Für bestimmte Dinge muss man eben offen sein. Sonst ist man ja nicht mehr ganz dicht. Ääähhh, Ups ... Diese Art Widerspruch ist im neuen Normal ganz normal. Aber das weiss ja eh jeder.

Praktisch auf dem gesamten Sektor dessen, was sich Kultur nennt, herrscht unendliche Ödnis, vollkommene Substanzlosigkeit, drögster Einheitsbrei und eine geistige Niedertracht unter einem Firis von nie erreichbar geglaubter Schrillheit.

Das Ganze quäkt in einem nervtötenden Ton monoton vor sich hin im Takt des verordneten Zeitgeistes. Alles ist geflutet und durchtränkt mit den identischen Methoden und Instrumenten der Werbung, der Öffentlichkeitsarbeit, kurz PR, und der Propaganda. Sie alle verbindet die Kunst, dem Publikum «Scheisse» für Gold zu verkaufen. Das wird dann über sämtliche Kommunikationsmöglichkeiten dem Menschenvieh bis zum Erbrechen eingetrichtert. Die Absicht ist, den Leuten die Liebe zur eigenen Versklavung schmackhaft zu machen.

Die Fiktion, die Douglas Adams in seinem «Per Anhalter durch die Galaxis» bekannten Bestseller darlegt, ist immer weniger unglaublich. Nämlich, dass die Erde nur ein von super-intelligenten Mäusen erschaffener Computer ist. Derweilen brennen in dessen westlicher Hemisphäre gerade die Schaltkreise durch. Am Ende steht dann «Fehler 404». Aus. Ende. Feierabend.

### **Bedenke immer, der letzte Lacher geht auf Dich (the last laugh is on you).**

Was passiert eigentlich, wenn man sich auf einen belebten Platz stellt mit einem Schild, auf dem die Parole steht: «Ich hasse einfach alle!» Wird man da auch strafbewehrt verfolgt wegen «Hass & Hetze»?

Doch wenn man ALLE hasst, wird ja niemand spezielles diskriminiert und man handelt inklusiv. Ganz im Sinne der Obrigkeit wird hier ja «die Vielfalt» anerkannt.

Aber «Vielfalt» ist der Propagandabegriff für Einfalt, die Selbstüberschätzung der Einfältigen», wie der Hadmut Danisch wieder mal nachdenkenswert einwirft.

Im Vorfeld des Untergangs haben wir die Götter verbrannt und sie der Anbetung von Verwirrtheit überlassen.

Und nie vergessen!

Die Doppelnamensträgerinnen

Sind meistens Nervensägerinnen!

Doch auch diese signifikante Korrelation ist noch lange keine Kausalität!

Also, wem auch immer gewogen bleiben und sich bloss nicht als zu leicht befinden zu lassen.

Dieser Beitrag ist zuerst bei anderweltonline.com veröffentlicht worden. Hier der Link:

<https://www.anderweltonline.com/satire/gschichtn-ausm-nachbargartn-folge-23>

Quelle: <https://wassersaege.com/blogbeitraege/gschichtn-ausm-nachbargartn-folge-23/>

## **Beweislastumkehr und Digital-ID: Fedpols gefährlicher Kurs in Richtung Totalüberwachung**

uncut-news.ch, September 4, 2025



Depositphotos.com

Die jüngsten Aussagen von Fedpol-Chefin Eva Wildi-Cortés haben eine neue Stufe der Debatte über Rechtsstaat und Bürgerrechte eröffnet. In einem Interview stellte sie die Einführung einer **Beweislastumkehr bei Geldwäscherei** in Aussicht. Was auf den ersten Blick wie ein pragmatischer Ansatz zur Bekämpfung organisierter Kriminalität wirkt, könnte – in Verbindung mit der geplanten digitalen Identität für alle Bürger – zum Fundament eines autoritären Kontrollstaates werden.

### **Beweislastumkehr: Schuld, bis die Unschuld bewiesen ist**

Die Unschuldsvermutung ist eine der tragenden Säulen jedes Rechtsstaates. Doch Fedpol will dieses Prinzip offenbar aufweichen: Künftig soll nicht mehr der Staat beweisen müssen, dass Geld aus illegalen Quellen stammt – **der Bürger selbst muss nachweisen, dass seine Mittel sauber sind**. Gelingt das nicht, droht die Konfiszierung.

Ein Modell, das in Ländern wie Italien schon existiert, könnte damit auch in der Schweiz Realität werden. Doch die Gefahr ist klar: Wer keine lückenlose Dokumentation seiner Einkünfte vorlegen kann – ob es sich um Bargeld, ein Geschenk oder eine Erbschaft handelt – gerät automatisch ins Visier.

### **Digitale ID als Überwachungsinstrument**

Noch brisanter wird die Situation, wenn die geplante **digitale Identität** in dieses System eingebettet wird. Unter dem Deckmantel von Effizienz und Modernisierung soll jeder Bürger «freiwillig» eine Digital-ID erhalten, die sämtliche Lebensbereiche verknüpft: Bankkonten, Gesundheitsdaten, Versicherungen, Reisen, Behördenkontakte.

Mit einer Beweislastumkehr im Finanzbereich könnte die Digital-ID zum **universellen Fahndungswerkzeug** mutieren:

- **Jede Transaktion** ist mit der ID verknüpft und für Behörden nachvollziehbar.
- **Algorithmen** markieren automatisch <verdächtige Muster> – etwa häufige Bargeldabhebungen, Überweisungen ins Ausland oder Spenden an <unerwünschte> Organisationen.
- Im Verdachtsfall könnten **Konten sofort gesperrt** oder Leistungen blockiert werden, bis der Bürger seine Unschuld nachweist.

### Bürger unter Generalverdacht

Damit verwandelt sich die Beweislastumkehr in Kombination mit der Digital-ID in eine permanente **Umkehr der Rechtslogik**: Jeder Bürger ist verdächtig, solange er nicht das Gegenteil beweist.

- Der **Beweisnotstand** trifft besonders jene ohne perfekten Papier- oder Datennachweis.
- **Politischer Missbrauch** wird möglich: Wer unbequem ist, kann leichter mit dem Vorwurf <Geldwäsche> oder <finanzielle Unregelmässigkeiten> mundtot gemacht werden.
- Der Bürger wird nicht mehr als freies Individuum behandelt, sondern als **potenzielle Gefahr für das System**.

### <Freiwillig> – aber ohne Alternative

Offiziell heisst es, die Digital-ID sei <freiwillig>. Doch in der Praxis wird sie durch schlechende Pflicht ersetzt: Zugang zu staatlichen Diensten, Reisen, Gesundheitsversorgung, Bankkonten – all das wird zunehmend nur noch über die ID funktionieren. Wer sie nicht hat, wird zum digitalen Aussenseiter.

Mit Beweislastumkehr im Gepäck bedeutet das: Der Staat hält den **Generalschlüssel zur finanziellen Existenz** in der Hand.

### Fazit: Der gefährliche Dammbruch

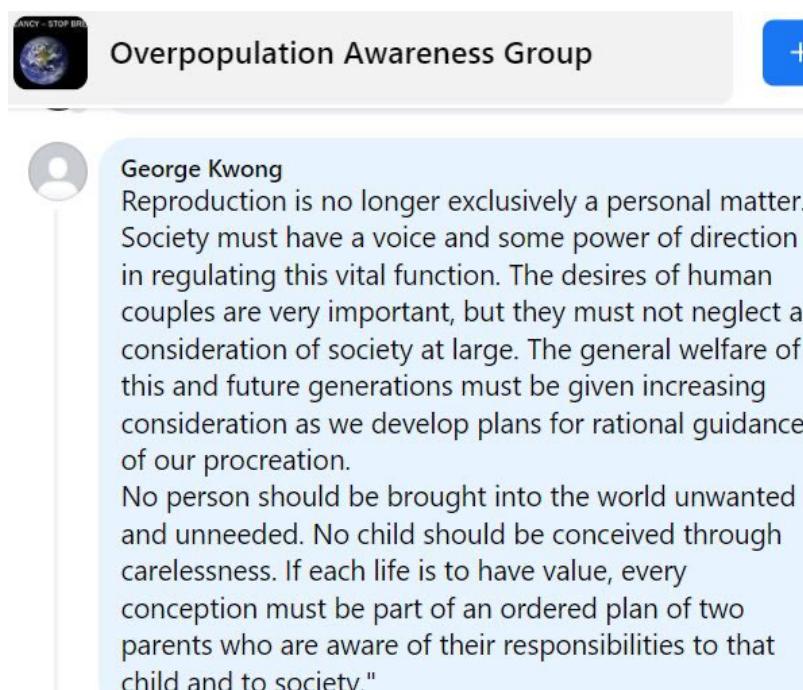
Die Kombination aus Beweislastumkehr und Digital-ID ist mehr als ein technisches Detail der Kriminalitätsbekämpfung. Sie markiert einen gefährlichen Dammbruch:

- Die **Unschuldsvermutung** wird de facto abgeschafft.
- Die **digitale Identität** wird zum Kontrollinstrument.
- Der Bürger verliert seine finanzielle und persönliche Autonomie.

Es geht nicht nur um Geldwäsche, sondern um die Frage, wie frei eine Gesellschaft noch sein kann, wenn jeder Schritt digital registriert und jeder Kontostand potenziell kriminalisiert wird.

Quelle: <https://uncutnews.ch/beweislastumkehr-und-digital-id-fedpols-gefaehrlicher-kurs-in-richtung-totalueberwachung/>

## Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Overpopulation Awareness Group

George Kwong

Reproduction is no longer exclusively a personal matter. Society must have a voice and some power of direction in regulating this vital function. The desires of human couples are very important, but they must not neglect a consideration of society at large. The general welfare of this and future generations must be given increasing consideration as we develop plans for rational guidance of our procreation.

No person should be brought into the world unwanted and unneeded. No child should be conceived through carelessness. If each life is to have value, every conception must be part of an ordered plan of two parents who are aware of their responsibilities to that child and to society."

Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarf auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: [https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment\\_id=3121554504645562&notif\\_id=1710329001813654&notif\\_t=group\\_comment](https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562&notif_id=1710329001813654&notif_t=group_comment)



## Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Liniestärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbols, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhundertausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsmäßig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoctrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

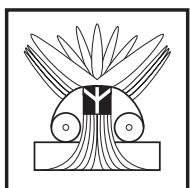


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fußt – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbols umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbols weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbols aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

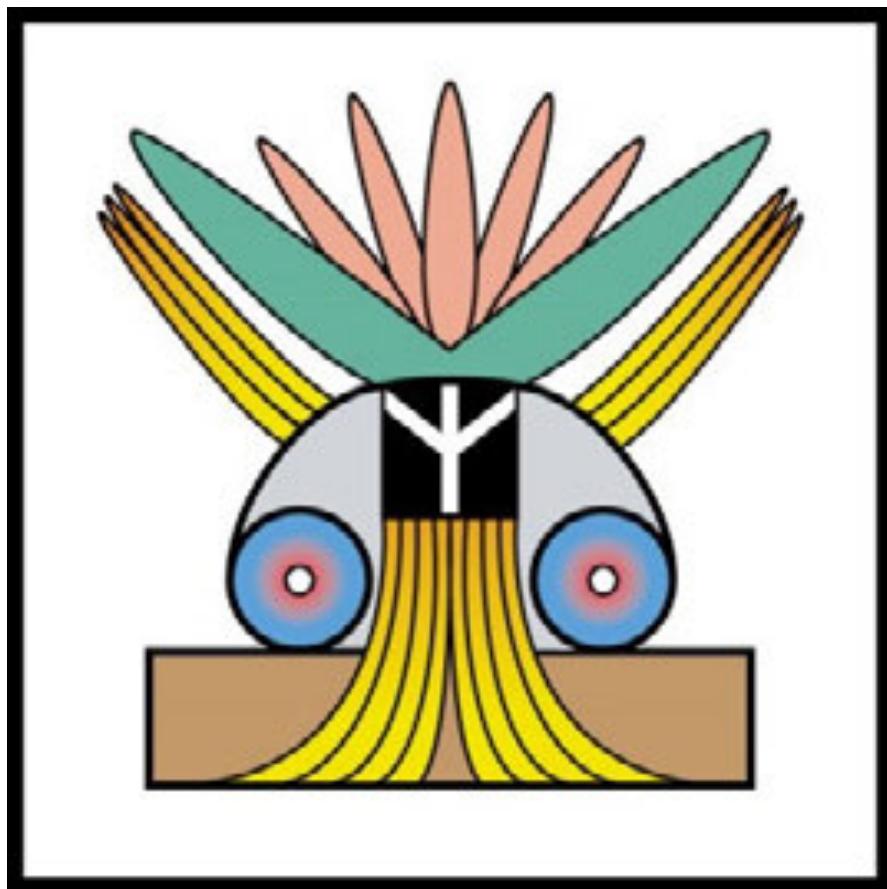
**Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.**



**Das falsche Symbol, die Todesrune, schafft Unfrieden, Hass und Unheil**

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.

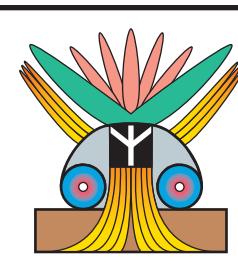


Schöpfungsenergielehr-Symbol <Frieden>

## Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden  
And there shall be PEACE on Earth**

**AMANI  
BARIŞ  
PAQE  
PACE  
MIP  
PAIX  
PAZ**



**EIPHNH  
VREDE**

平和  
שָׁלוֹם  
শান্তি  
سلام  
صلح

**FIGU.ORG**  
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti  
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Sünden und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

**Autokleber****Größen der Kleber:**

120x120 mm	= CHF	3.-
250x250 mm	= CHF	6.-
300X300 mm	= CHF	12.-

**Bestellen gegen Vorauszahlung:****FIGU**

Hinterschmidrüti 1225  
8495 Schmidrüti  
Schweiz

**E-Mail, WEB, Tel.:**

info@figu.org  
www.figu.org  
Tel. 052 385 13 10  
Fax 052 385 42 89

**IMPRESSUM****FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

**Druck und Verlag:** FIGU-Wassermannzeit-Verlag,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
**Redaktion:** BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89  
Wird auch im Internet veröffentlicht  
**Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite**

**Postcheck-Konto:** FIGU Freie Interessengemeinschaft,  
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** info@figu.org

**Internetz:** www.figu.org

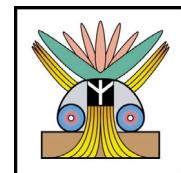
**FIGU-Shop:** <http://shop.figu.org>

**© FIGU 2025**

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders  
angegeben, lizenziert unter :  
[www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden  
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber  
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,  
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten  
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt  
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center,  
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz